

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Aussicht“, „Sozialistische Literatur-Ausschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition, Hirschstraße 4/5, durch die Geschäftsstellen, Neue Graupenstraße 5 und Friedrichsstraße 105, Rathhausstraße 155, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. Bezugspreis im voraus für dreimonatlich 0,42 RM. + 8 Pf. Trägerlohn. 0,50 RM., monatlich 1,75 RM. + 35 Pf. Trägerlohn. 2,10 RM. Durch die Post einzeln Zustellungsgebühren 2,16 RM.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21732, Redaktion 21730
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschaltete Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das (eins Wort 4 Pf.) Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hirschstraße 4/5 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Anzeigen eingelaufte Manuskripte werden nur zurückgeliefert, wenn Rückporto beiliegt

Unerhörte Frechheit des Reichswehrministeriums

Es lehnt einem Abgeordneten Auskunft ab

Dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Franz Künzler ging unter dem 2. Juni folgendes Schreiben des Reichswehrministeriums zu:

„Anliegend wird Ihnen ein Schreiben zurückgeschickt, welches Sie gelegentlich der Reichstagsverhandlungen dem Generalmajor von Schleicher zur Nachprüfung ausshändigt hatten.

Auf Anordnung des Herrn Reichswehrministers wird Ihnen auf irgendwelche mündlichen oder schriftlichen Anfragen keine Antwort erteilt werden.

Selbstverständlich wird trotzdem die sachliche Bearbeitung der Angelegenheit sofort in Angriff genommen.“

Was der Reichswehrminister hier ohne jede nähere Begründung und wie wir zu seinen Gunsten annehmen dürfen, in der Haft der Dienstgeheime angeordnet hat, ist so absurd, daß es fast unglaublich klingt. Und doch trifft es zu,

daß sich der Reichswehrminister zu einer Anordnung hat hinreißt lassen, die gegen den Haren Wortlaut der Verfassung verstößt und die deshalb ebenso schnell aufgehoben werden muß, wie sie zu Papier gebracht wurde.

Die Anordnung des Reichswehrministers ist vermutlich auf seine letzte Kontroverse mit dem Abgeordneten Künzler während der Beratung des Reichswehretats zurückzuführen. Die damaligen Ausführungen des Abgeordneten Künzler über die Beziehungen zwischen dem Reichswehrministerium und der Reichswehr erfolgten in Uebereinstimmung mit der sozialdemokratischen Fraktion. Wenn der Reichswehrminister diese Ausführungen jetzt zum Anlaß einer in jeder Beziehung unhaltbaren Anordnung gegen den Abgeordneten Künzler nimmt, so lehnt er sich damit zugleich in Widerspruch zu der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Wünscht er einen Konflikt mit der größten Fraktion des Reichstages? Im anderen Falle können wir ihm nur raten, seine Anordnung schleuestens zurückzuziehen.

Das Ausgabenentwässerungsgesetz

Berlin, 3. Juni. (Eig. Bericht.)

In der Tagespresse erscheinen neuerdings Mitteilungen über den Inhalt des von dem Reichsfinanzminister angekündigten Ausgabenentwässerungsgesetzes, die u. M. nicht in allen Punkten den Tatsachen entsprechen. Nach unseren Erkundigungen handelt es sich nicht um einen Gesetzentwurf, sondern um eine ganze Reihe von Entwürfen, die durch ein Mantelgesetz zusammengefaßt werden sollen. Außerdem kommt noch ein vom Sparkommissar aufgestelltes Sparprogramm auf lange Sicht hinzu. Alle diese Gesetzentwürfe befinden sich zurzeit noch im Stadium der Revisorbesprechungen. Das Reichskabinett hat dazu noch nicht Stellung genommen.

Die in den Gesetzentwürfen vorgeschlagenen Maßnahmen dürften sich etwa auf folgende fünf Gebiete erstrecken: 1. die Haushaltswirtschaft im Reich, Ländern und Gemeinden; 2. die Auflösung von Reichsbehörden; 3. die Verminderung der Besoldungsausgaben; 4. die Kürzung von Sozialausgaben und 5. eine Reihe von Reformvor schlägen des Sparkommissars.

Was die Haushaltswirtschaft des Reiches angeht, so ist wohl in erster Linie daran gedacht, die Ausgaben des Reichshaushalts für eine Reihe von Jahren auf einen festen Betrag zu begrenzen. Außerdem sollen die Aufwendungen für Neubauten und die Zahlung von Subventionen eingeschränkt werden. Ferner soll bestimmt werden, daß die Ueberhörsche der einzelnen Rechnungsjahre zur Schuldentilgung verwendet werden müssen, während die Einstellung neuer Ausgaben in den außerordentlichen Haushalt nur auf Grund besonderer Gesetze zulässig sein soll. Ein Teil dieser Maßnahmen soll auch für Länder und Gemeinden gelten.

Die Auflösung von Reichsbehörden wird sich in erster Linie auf die Befreiung des Ministeriums für die besetzten Gebiete und seiner nachgeordneten Verwaltungszweige zu erstrecken haben. Auch die Auflösung des Reichsausschusses und der ihm angeschlossenen deutschen Staatsvertretungen im Auslande dürfte hierunter fallen. Möglich ist ferner die Befreiung der Reichsgeldanstalt in München und der dortigen Abteilung des Reichspostministeriums. Darüber hinaus ist daran gedacht, eine bestimmte Anzahl von Landesfinanzämtern, Finanzämtern und Hauptzollämtern sowie von Oberpostdirektionen aufzuheben und schließlich die gesamte Reichsverwaltungswartung aufzulösen und ihre Aufgaben auf die übrige Sozialverwaltung zu verteilen.

Der Verminderung der Personalausgaben sollen eine Reihe von Vorschriften dienen, bei denen es sich hauptsächlich um folgendes handeln dürfte: Die Altersgrenze der Beamten soll von 65 auf 60 herabgesetzt werden. Eine Pensionskürzung oder die Einstellung einer Höchstgrenze für die Pensionen ist offenbar nicht geplant, dagegen will man aber das laufende Einkommen der Pensionäre auf die Pension anrechnen, soweit das Gesamteinkommen eine bestimmte Grenze übersteigt. Der Urlaub der Beamten soll durch eine besondere Bestimmung getätigt werden, das heißt soll bei Anwesenheit und Arbeitsleistung durch Neuzugang der Tarifverträge erfolgen. Die örtlichen Sonderzuschläge der Beamten und Arbeiter sollen im Laufe einiger Jahre abgebaut werden. Durch eine teilweise Einstellung- und Beförderungs Sperre soll eine langsame Verminderung der Zahl der Beamten und Angestellten erreicht werden. Ein Teil dieser Maßnahmen, wie z. B. die Herabsetzung der Altersgrenze und die Verkürzung des Urlaubs, soll auch von den Ländern und Gemeinden durchgeführt werden. Außerdem sollte man offenbar das Besoldungssperregesetz wieder einführen, durch das Länder und Gemeinden verpflichtet werden sollen, ihre Beamten nicht zahlreicher zu stellen als die entsprechenden Reichsbeamten.

Je Kürzung der Sozialausgaben plant man anknüpfend einen neuen Angriff auf die Reichspost als Familienwochenblatte und auf die Entschärfung des Reichs der Reichspost für den Verkauf der Zeitungsarten und die Auszahlung der Renten bei der Invaliden-, Unfall- und Altersversicherung. Als dritte Maßnahme zur Einschränkung der Sozialausgaben ist offensichtlich die Beschränkung der Kriegsbeschädigtenrenten gedacht. Eine solche Beschränkung will man wahrscheinlich durch veränderte Vorschriften über das Verhalten der Anerkennung der Erwerbsbeschränkung, der Höhe der Rente usw. erzielen. In der gleichen Richtung steht die Umwandlung der Renten aus der Invaliden-, Unfall- und Altersversicherung und der Kontingenzrenten auf die Kriegsbeschädigtenrenten. Schließlich dürfte noch eine Einschränkung der Kinderzulagen in Frage kommen.

Was endlich das Sparprogramm des Reichsparlamentarische angeht, das dem Reichsminister vorgelegt worden ist, so handelt es sich dabei offenbar um das Sparprogramm, das dem Reichstag durch den Reichsminister vorgelegt worden ist.

Das Reichskabinett hat sich wieder vertagt

Keine Einigung in der Deckungsfrage und in der Frage der Arbeitslosenversicherung

Berlin, 4. Juni (Eigener Junibericht).

Am 11. Juni wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beschäftigte sich am Dienstag Abend eingehend mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Das Kabinett bewilligte grundsätzlich von dem Reichsarbeitsminister vorgelegene Abänderungsanträge, deren definitive redaktionelle Festlegung am kommenden Donnerstag erfolgen soll.

Die gestrige Sitzung des Reichskabinetts dauerte bis gegen 2 Uhr nachts. Sie hat, wie die amtliche Verlautbarung zeigt, über die am vergangenen Dienstag angekündigte endgültige Entscheidung über die Deckung des Defizits in der Arbeitslosenversicherung, noch, wie vor 8 Tagen angekündigt wurde, über das Ausgaben-Senkungsgesetz gebracht. Dabei bedeutete schon die amtliche Verlautbarung vom vergangenen Dienstag einen Wider-

spruch zu allen bis dahin erfolgten Ankündigungen der Regierungspresse, nach der bereits zu Beginn der vergangenen Woche eine endgültige Entscheidung über die strittigen Fragen fallen sollte. Statt zu entscheiden und zu führen, hielt man sich mit einer Vertagung nach der anderen.

Vor der gestrigen Kabinettsitzung hielt der Reichskanzler dem Reichspräsidenten Vortrag über die politische und wirtschaftliche Lage. Das hat in der Öffentlichkeit u. a. die Vermutung hervorgerufen, daß sich der Reichspräsident mit einem Antrag für eine allgemeine Senkung der Löhne und Preise an das deutsche Volk wenden werde. Ein Antrag Hindenburgs mit einem derartigen Inhalt ist jedoch in den maßgebenden politischen Kreisen bisher nicht erwogen worden, zumal Preislenkungen durch Proklamationen nie und nimmer erreicht werden. Andererseits ist nicht von der Hand zu weisen, daß eine Kurdenkung, wie sie in gewissen Wirtschaftskreisen schon am Dienstag von dem Reichspräsidenten erwartet wurde, schon seit Tagen in den Köpfen einzelner Wirtschaftsführer spukt, als ob die Besse des Volkes von Proklamationen fast würde.

Arbeitsminister Thomas zurückgetreten

Bernon Hartshorn sein Nachfolger - Thomas kriegt ein anderes Amt

London, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Das Hauptereignis der gegenwärtigen politischen Hochsaison der am Dienstag im Unterhaus von MacDonald bekanntgelebene Rücktritt des Ministers für Arbeitsbeschaffung, Thomas. Sein Nachfolger ist der Abgeordnete Bernon Hartshorn. Dieser vertritt im Unterhaus seit 8 Jahren Bergwerksdistrikt von Süd-Wales. Als Mitglied der Südwaliser Bergarbeiter-Gesellschaft bringt Hartshorn jene Kenntnisse mit, die MacDonald bestimmt haben, ihn zum Nachfolger von Thomas zu ernennen. Bisher war Hartshorn Mitglied der indischen Formkommission, deren Bericht über Indien fertiggestellt ist und am 14. Juni veröffentlicht werden soll.

Thomas wird, wie wir bereits meldeten, Staatssekretär für die Kronländer, ein Amt, das er mit dem amtierenden Kolonial-Staatssekretär Sidney Webb teilen wird. Bisher hatte Sidney Webb (Lord Passfield) die Posten inne. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß Sidney Webb in Kürze zurücktreten und Thomas dann die beiden Ämter einverwandeln wird.

Mit der Umbelegung der vorgenannten Ministerien hat MacDonald einen wichtigen Schritt für die Rekonstruktion des inneren Befestigung seines Kabinetts getan, vor allem in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor Augen haben steht. Mit Thomas war nicht nur der linke Flügel der Arbeiterpartei unzufrieden. Weit über die Majorität-Gruppe hinaus herrschte seit Wochen lebhaftest Kritik über die Tätigkeit des Ministers für Arbeitsbeschaffung. Die Aktionäre des Lloyd's und sein Rücktritt war ein weithin sichtbares Signal für, und wenn jetzt Thomas weichen mußte, so bedeutet dies dem Arbeiterpartei einen nachträglichen Sieg. Rosleys und die Zugeständnis MacDonalds an seine Kritiker innerhalb der Labour-Fraktion. Die bedeutende Arbeitskraft von Thomas bleibt dem Kabinett

erhalten. Zudem er die Verwaltung der Dominien übernimmt, wird er automatisch Präsident der im Herbst zusammengetretenen britischen Reichskonferenz, der in diesem Jahre ganz besondere Bedeutung zukommt.

Was geht bei den Arbeitgebern vor?

Ergebnisse Besprechung des Reichsverbandes der Industrie mit den Arbeitgeberverbänden

Das Präsidium und der Vorstand des Reichsverbandes der Industrie beschäftigten sich am Dienstag in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Vorstand der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände mit dem Thema: „Reichshaushalt und Arbeitslosenversicherung“. Die Beratungen führten zu keinem Ergebnis, so daß die inzwischen mit verschiedenen gewerkschaftlichen Körperschaften eingeleiteten Verhandlungen bis auf weiteres vertagt wurden.

Im Mittelpunkt der Erörterungen der industriellen Verbände stand nach unseren Informationen vor allem der Versuch einer Gruppe maßgebender Persönlichkeiten im Reichsverband der Industrie, mit den Gewerkschaften zu einer Verkündung über Maßnahmen zur Entlastung der Wirtschaft zu kommen. Dabei sollten sowohl die Arbeitslosenversicherung wie der Reallohn geklärt werden. Es geht aber, als ob sich der radikale schwerindustrielle Flügel des Reichsverbandes, der die Arbeitsmarktlage für den Abbau der Sozialversicherung und der Löhne auszuheben will, durchgesetzt hat. Offiziell wird gemeldet, daß die Verhandlungen bis zum Pfingsten vertagt worden seien.

Volkspartei mit Moldenhauer unzufrieden

Der Vorsitzende der Volksparteilichen Reichsfraktion, Abgeordneter Dr. Scholz, hat den Vorstand der Fraktion telegraphisch zu einer Beratung über die Ausgabenentlastung des Reichsfinanzministers nach Berlin einberufen.

Heder ein Heberpatriot entlarvt

Herr Edgar Jung in Feldenpost vor einem Münchener Gericht fand am Dienstag ein interessantes Verleumdungsprozedere statt. Kläger der Verfall der verächtlichen pseudo-wissenschaftlichen Maßstab der „Heberpatrioten“, ein gewisser Herr Dr. Edgar Jung, der sich in allerletzter Zeit als „Heberpatriot“ betätigt.

Völlige Ruhe im Kreis Mansfeld

Volles Fiasko der kommunistischen Auertreibereien Die Behauptungen bürgerlicher Blätter, daß im Kreis Mansfeld Terrorakte vorgenommen seien, entfallen nicht den Tatsachen.

Die Nazis gegen den Thüringer Fremdenverkehr

Im Verlauf einer am Dienstag im thüringischen Bad Kissingen abgehaltene Debatte über ein von den Nationalsozialisten beantragtes Schächtverbot wurde von sozialdemokratischer Seite darauf hingewiesen, daß ein derartiges Verbot schwere Schädigung der Gesamtwirtschaft bedeute.

Massenübertritte von Kommunisten zur Sozialdemokratie

Die meisten Arbeiter trat die Organisation der kommunistischen Metallarbeiter in Berlin kommunistischen über.

Neue Ablage an Moskau

Auktorität eines hohen Moskauer Funktionärs Der Generalsekretär der Handelsbank für Osteuropa, Auktorität, ist 1905 Mitglied der kommunistischen Partei.

Neuer polnischer Innenminister

Warschau, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Staatspräsident hat den General Stanislaw Skladkowski zum Innenminister ernannt.

Antwort Deutschland an Polen

Das Völkerbundssekretariat veröffentlicht zwei Noten der Reichsregierung vom 1. und 5. Mai, in denen gemäß einer Bestimmung der jüngst abgeschlossenen Handelskonvention von den deutschen Zolltariffen Kenntnis gegeben und auf eine polnische Beschwerde vom 17. April gegen die deutschen Zolltariffen erwidert wird.

Die Palästinafrage vor dem Völkerbund

Die Mandatskommission des Völkerbundes, die am Dienstag in Genf zusammentrat, begann ihre Beratungen mit der Entgegennahme eines Berichts über die Unruhen in Palästina im Herbst des vergangenen Jahres.

Zusammentritt der französischen Kammer

Die französische Kammer ist am Dienstag nachmittag zu der vierzigstägigen Sommerferien zusammengetreten.

Die deutsche Schule in der Wojewodschaft Tagung des deutschen Volksbundes

Auf der Generalversammlung des Deutschen Volksbundes für Polnisch-Oberschlesien wurden im Rahmen der Jahresberichte bemerkenswerte Angaben über das Minderheitenschaufelwesen in der Wojewodschaft Schlesien gemacht.

Ueber den übrigen Verlauf der Tagung berichtet Wolffs Telegraphenbüro: In dem einleitenden Referat des Vorsitzenden, Prinz von Pück, ging dieser zunächst auf die wichtigsten Ereignisse im vergangenen Jahre und im besonderen auf den Freispruch des Geschäftsführers Ullrich ein.

Gewerkslosenmessen in Lauban

Am Montag demonstrieren Hunderte von Gewerkslosen vor dem Rathaus in Lauban und lesen durch eine Aboordnung dem Bürgermeister Forderungen überreichen.

Dubiosität sollen besteuert werden

Der polnische Oberstaatsanwalt hat eine Note ergangen in der er die Behörden gebietet, Maßnahmen zu ergreifen, um die Dubiosität von Steuern zu vermeiden.

Über den Postbeamtenstreik Demgegenüber verlangte die Regierung, daß die Kammer sich zunächst mit der Lage in Indochina befassen solle.

Freisinniges Kabinett in Schweden

Stockholm, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der schwedische König beauftragte am Dienstag den Führer der Freisinnigen Esman mit der Neubildung der Regierung.

Gefangenenevorte in Indien

Bombay, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Vor einem mit 1000 Gefangenenerbelegten Gefängnis in Worli, einer Stadt in der Nähe von Bombay, kam es am Dienstag zu schweren Unruhen.

Englisch-indische Besprechungen ergebnislos

Die Besprechungen der Regierung mit dem Präsidenten der indischen Handelskammer, Rajee, sind am Dienstag ergebnislos abgebrochen worden.

Die Lage in China

Zusätzliche, auf dem Yangtsze-Fluß liegende Dampfer wurden am Dienstag von Chinesen beschossen.

Wojewodschafsratswahl in Kattowitz

In der zweiten Sitzung des schlesischen Sejms wurde die Wahl zum Wojewodschafsrat vorgenommen.

Wojewodschafsratswahl in Kattowitz

In der zweiten Sitzung des schlesischen Sejms wurde die Wahl zum Wojewodschafsrat vorgenommen.

Vergang nur Nachnahme von 20.- Mk. franko.

Unerreicht 8

Vuelta-Auslese 15

Qualität 10

Tilsner Zigarren sind konkurrenzlos. Poststr. 6 Telefon 23573

Familien-Anzeigen

Einheitsverband der Eisenbahner
Am 1. Juni verstarb unser Verbandskollege, der Arbeiter

Richard Pelsker

von der Bw. Br. Hbf. im Alter von 46 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau
Die Einäscherung findet am Freitag, nachmittags
4 Uhr, im Krematorium-Gräbchen statt. 2273

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Breslau.

Am Sonntag, dem 31. Mai, nachm. 5 Uhr, verstarbt unser Freund und Verbandskollege, der Schmied

Karl Heinzel

im Alter von 70 Jahren. 2265
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Mittwoch, 4. Juni, nachm. 4^{1/2} Uhr,
von der Halle II, Tor 6, des Oswitzer Friedhofes.

Deutscher Bauergewerksbund.
Am 2. Juni verstarb unser langjähriges Mitglied, der Bauhilfsarbeiter

Oskar Wolf

im Alter von 74 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Bauergewerkschaft Breslau.
Beerdigung am 6. Juni, um 16 Uhr, von der
Kapelle des Zimpeler Friedhofes. 2267



Gefund frisch Fisch

Genossen deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!



Meln Pfingst-Schlager
Anzüge in bester Verarbeitung, ladelloser Sitz, mod. Stoffe, neueste Form
nur **39.50** Mk.
weil. Preislag. 49.00, 50.00, 63.00, 70.00
Ein Versuch macht Sie zum zufriedenen Kunden!

Oskar Dahmel
Zahlungen erleichtert durch die Kunden-Kredit G. m. b. H., Gasenstraße 47

Stadt-Theater

(Opernhaus)
Mittwoch
20 bis 22.45 Uhr
Abonn.-Vorst. G 20
Die lustigen Weiber von Windsor
Donnerstag
21 bis gegen 23 Uhr.
Aida.
Freitag 22.41
20 bis gegen 23 Uhr.
Abonn.-Vorst. H 20
Madelaine Guimard

Lobe-Theater

Telefon 56747
Mittwoch, Donnerstag, Freitag
20.15 bis 22.10
Das Lamm des Arnen
Tragikomödie von Stefan Zweig
Sonntag, 20.15 Uhr (und täglich)
Zum 1. Male:
Saisonauskunft 1930
Revue im Lobe-Theater von Max Opplis und Harry Kallion.

Thalia-Theater

Mittwoch, Donnerstag, Freitag
20.15 bis 22.20
Der stürmische Heiterkeitserfolg!
Donnerstag, 20.15 Uhr (und täglich)
Zum 1. Male:
Broadway
Amerikanisches Zeitbild in 3 Akten von Georg Dunning u. Whilpp Abbott.

Schauspielhaus

Operettenbühne
Tel. 36300
Täglich 8 Uhr
Frühlingsmädel
Operette in 3 Akten von Franz Lehár
Gegen Verlegung dieser Anzeige 50% Ermäßigung an der Theaterkasse

Schlesische Philharmonie

Sonntag, 4. Juni, 19.30 Uhr:
4. Südpark-Konzert
Leitung: Hermann Behr

MEICHT

Täglich 8 Uhr
Zwitsch bei Rembes
2 neue Stücke
Direktor Salzer
Die rote Briefflasche
Der Hauslehrer
Vollständig neu stellt!

30r Pfingsten!

30r Pfingsten! 30r Pfingsten! 30r Pfingsten!

Luna-Park

Breslau-Morgenau Tel. 55604
Straßenbahn-Verbindung bis zum Lunapark
Heute Mittwoch sowie täglich:
Konzert der Hans Sagerer-Kapelle
Anfang 4 Uhr. Eintritt 10 Pf.
Anschließend spielen Hans Sagerer mit Michel Holz, Leopold Nimbans im Sternensaal zum beliebten 11867
Verkehrten Ball
Morgen Donnerstag:
Großes Kinderfest
Jedes Kind erhält ein Geschenk.
Konzert der Hans Sagerer-Kapelle
Anfang 4 Uhr. Eintritt 10 Pf.
Anschließend Familien-Konzertchen

Bräuers Festsäle

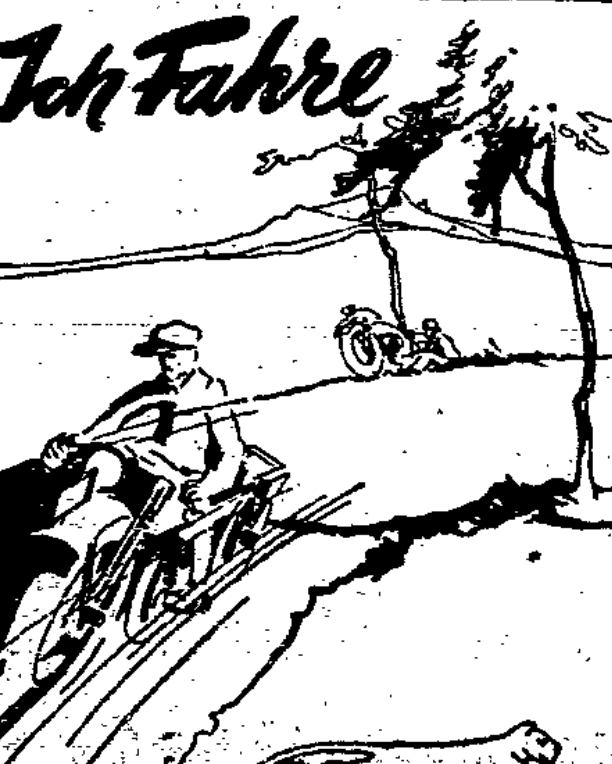
Gabitzstraße 22. 2266
Heute Mittwoch:
Der beliebte verkehrte Ball
Kese Kapelle: Hochbetrieb: Modernste Besetzung

Kurgarten

Kleinburg Täglich:
Garten-Freikonzert
Heute sowie jeden Mittwoch:
Großes Kinderfest
Für jedes Kind eine Ponyfahrt gratis!
Eintritt für Kinder 10 Pf., Erwachsene frei

Elegante gebr. u. neue Anzüge

Mäntel, Gehrock, Frack u. Smoking-Anzüge
2147
spottpillig nur im
Leibhaus Kupferschmiedestr. 32.



STANDARD Motorrad

weil:
Ich nicht reparieren und schleben sondern fahren will! Sicher, zuverlässig, schnell, schön und bequem muß mein Kraftrad sein. Ein unermüdlicher Mitfahrer und Zeitsparer, ein treuer Freudenbringer und eine gute Kapitalanlage. STANDARD-Motorräder erfüllen alle Ihre Wünsche. Sie erfreuen sich mit Recht des besten Rufes und größter Beliebtheit.
Überzeugen Sie sich bitte selbst durch eine unverbindliche Probefahrt und fordern Sie kostenlos den neuen Katalog über unsere 350, 500, 600 und 1000 ccm Touren- u. Sportmodelle 1930.
es gilt nichts Besseres!
Generalvertretung für Schlesien:
Martin Schwarz, Museumpl. 4

Protolarier!
Bewacht die Modernität des Schreinerhandwerks! Lohnt die Vollprache **Superano**, die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verstanden wird.

Und die **Bekleidung** !
Wenn gut und billig, dann bei **Messow** in der großen **Konfektions-Etage!**
Kommen Sie nach der **Schmiedebrücke!**
MESSOW WALDSCHMIDT
G.m. b.H. Schmiedebrücke

Druckerei Volkswacht Ausführung aller Druckarbeiten
Breslau 2, Flurstraße 4/6

Kinder-Sweater, Anzüge
1.50, einzelne Sweater 50 Pf., weiße Panama-Sporthemden 1.50
Friedländer, Sonnenstraße 30

Wollserge
Mtr. 1.80 Mtr., Hermellutter 0.60-1.80 Mtr., Kitzel 0.48 bis 1.00 Mtr., Kernseife Kilo 74 Pf., Schürze 10 Pf. Paar 2, 3, 4 Mtr., Stippert, Seidenschürze 16 2125

Ziehung 21. bis 15. Juni
Volkswahl-Lotterie
4000 Gewinne und Hauptgewinn 2 Fr. = 200.
430000
150000
100000
75000
50000
Einlösungs- u. 2 Fr. Doppelt 2 Fr. Porto u. Liste los 4 2 Fr. 40 Pf. extra empfiehlt u. vers. auch gegen Briefmarken und Nischen
Emil Stiller Bank-Haus
HAMBURG 3, Holtenauer 39
Postfach 20018

Krankfadergeschwüre, Wunden aller Art, Flechten, Hämorrhoiden, Hautjucken heilt die vielbewährte
Sell- und Süßholzwelle heilend, schmerz-, juckend
Hygiena-Apotheke
Breslau, Tauenhufenstraße 91
Ede Grünstraße

Gute getragene 2175
Anzüge billig
Leibhaus, Zerkelstraße 31.

Schlafzimmer
Eiche komplett **375.-**
Metallbettstelle mit Patent u. Koffergarnitur **95.-**
Verkauft nur bis 7. Juni.
Möbelpolsterer
Breslau, Bräuerstr. 23.

Wohnungen

Leerzimmer
für Ehepaar mit Kind gesucht, nicht über 25 monatlich. Offerten mit Preisangabe unt. A. 945 an die Geschäftsstelle der Zeitung erbeten.

Kleine Anzeigen

(Inbegriffen) gesucht eine lokale Anzeigen...
Breslau, Tauenhufenstraße 91
Ede Grünstraße
2. Wäntel, 3 Kleid, 3 Blusen
3 Paar Schuhe, sehr gut erhalten, verkauft sehr billig
Breslau, Zimpeler Str. 68, 11.

Billiger Ferienaufenthalt für Arbeiterkinder
 Der Ortsausschuss Breslau der Arbeiterwohlfahrt hat die Möglichkeit, während der großen Ferien Jungens und Mädels in einem gut geleiteten Erholungsheim in der nächsten Nähe von Breslau billig unterzubringen. Der Pensionspreis soll höchstens nur 1,50 Mark pro Tag betragen. Berücksichtigt sollen vor allem Kinder werden, die in schlechten Wohnverhältnissen leben. Meldungen sind umgehend an das Büro der Arbeiterwohlfahrt, Margaretenstraße 17, Zimmer 45, zu richten.

Wochenbahnrennen

Bereits am kommenden Mittwoch ist den vielen Anhängern des Sports auf der Wochenbahn, zuletzt mochten dem Rennen etwa 7000 Zuschauer bei Gelegenheit geboten, wieder einige spannender Kämpfe zu sein.
 Graf Schweinitz, Breslau, hat den hier beliebten und bekannten Fahrer Hans Bittich, Kopenhagen, herausgefordert. Der Kampf geht in zwei Läufen vor sich. Der Breslauer hat inwieweit die Folgen des Sturzes gut überstanden und wird es dem Dänen nicht leicht sein, ihn zu schlagen.
 Neben diesem Herausforderungskampf werden noch Länderkämpfe, Rennen der B-Klasse, Ketorbfahren, das Rennen um den Silberhild von Breslau und ein bereits bei der letzten Veranstaltung vorgeführtes Mannschaftsrennen gezeigt.
 Das Rennen um den Silberhild von Breslau bringt alle deutschen Fahrer an den Start. Die Mannschaftsrennen werden über 15 Kunden von drei Mannschaften, bestehend aus je drei Fahrern ausgetragen werden.

Kassenschluss der Arbeiterbank am Pfingstsonnabend! In Übereinstimmung mit sämtlichen Banken und Sparkassen bleiben auch die Schalter und Kassen der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, U.-G., Filiale Breslau, Breslau, Margaretenstraße 17, Gewerkschaftshaus, am Pfingstsonnabend vollständig geschlossen.

Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie. In der am 23. und 24. Mai stattgefundenen Ziehung der 2. Klasse 85. (281.) Lotterie fielen die beiden Hauptgewinne von je 100.000 Reichsmark auf Nr. 253.612 in den beiden Abteilungen I und II. Die 3. Klasse, deren Ziehung am 18. und 19. Juni stattfindet, bringt wieder zwei Hauptgewinne von je 100.000 Reichsmark. Die Erneuerung der Lose zur 3. Klasse muß planmäßig spätestens bis zum 1. Juni, 18 Uhr, bei Verlust des Anspruchs in der zuständigen Lotterie-Einnahme erfolgen. Die Beachtung dieser Frist wird namentlich bei der jetzt beginnenden Reisezeit dringend empfohlen.

Blasphoniert des Reichsbanners. Die Vollmusikapelle des Reichsbanners veranstaltet morgen Donnerstag von 20 bis 21 1/2 Uhr auf dem Platz Vorwerk, Ecke Tauentzienstraße, gegenüber der Prodeurer Straße, ein Blasphonkonzert.

Staats- und Universitäts-Bibliothek. Die Staats- und Universitäts-Bibliothek einschließlich des Zeitschriftenzimmers in der Universität ist am Pfingstsonnabend (7. Juni) sowie in der Pfingstwoche vom 10. bis 14. Juni wegen größerer Reinigungsarbeiten geschlossen.

Die Städtische Sparkasse zu Breslau hält ihre sämtlichen Zahlstellen am Pfingstsonnabend, den 7. Juni, geschlossen. Für Wechselzahlungen ist ein Schalter der Giroabteilung, Reichsmark 7/9, von 11 bis 13 Uhr geöffnet. Am Dienstag, den 10. Juni 3. Pfingstfeiertag, sind in allen Stellen Kassensstunden wie an Werktagen.

Ein Sommerfest des Vereins Breslauer Presse. Am Sonnabend, den 14. Juni, wird der „Verein Breslauer Presse“ der sich aus der Ortsgruppe Breslau des Landesverbands Schlesien des Reichsverbandes der Deutschen Presse konstituierte, in sämtlichen Räumen des Wappenhofes der Saganer-Betriebe ein Kinder- und Sommerfest abwickeln. Man wird sich den Terminormerten müssen, da dieses Fest mit besonderen Darbietungen über ähnliche Veranstaltungen hinaustragen dürfte.

Arbeiter-Sport

Wassersport

Schwimmverein Poseidon e. B. Heut abend müssen die letzten Meldungen zum Kreiswettbewerb im Poseidon-Bad abgegeben sein. Um 6 Uhr Probe der Rettungsübungen anschließend Ausgabe der Einladungen.

Fußball

B.F.B. Ostschin. Sonnabend, 7. Juni, 19 Uhr, bei Heize, Siedlung; Vollerfassung. Aufstellung zur Fahrt nach Langenbielau zu Pfingsten. 2. Jugendmannschaft bringt Serje mit.

Touristenverein „Die Naturfreunde“

Naturfreunde-Lanatreis. Heut, 20 Uhr, Abendsabend in der Luisenschule, Kirchstraße.
Jugendgruppe. Alle Jugendlichen von 14 bis 18 Jahren sowie alle Jugendlichen aus dem Anfänger-Lanatreis heut 20 Uhr Sonderschule, Behndamm.
Außenspiele. Freitag, 17 Uhr, Stadion Zimpel.

Amthlicher Wetterbericht

des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Arietern (Nachdruck, auch mit Quellenangabe, verboten.)

Dem Norden des Erdteils her bringen gegenwärtig über die Ostsee Länder Luftmassen nach Mitteleuropa vor. Temperaturrückgang ist die Folge. Zu stark kann es infolge von Staumirkung besonders im Süden und Osten Deutschlands noch zu kühlerer Bewölkung und einzelnen Niederschlägen kommen. Ursachen für das schlechte Wetter, die schlechten Mittel- und Hochgebiete. Bei nordöstlichem Winde zunächst noch kühleres, wolfiges Wetter, nur zeitweise noch Niederschläge, später zeitweise wieder aufhellend.

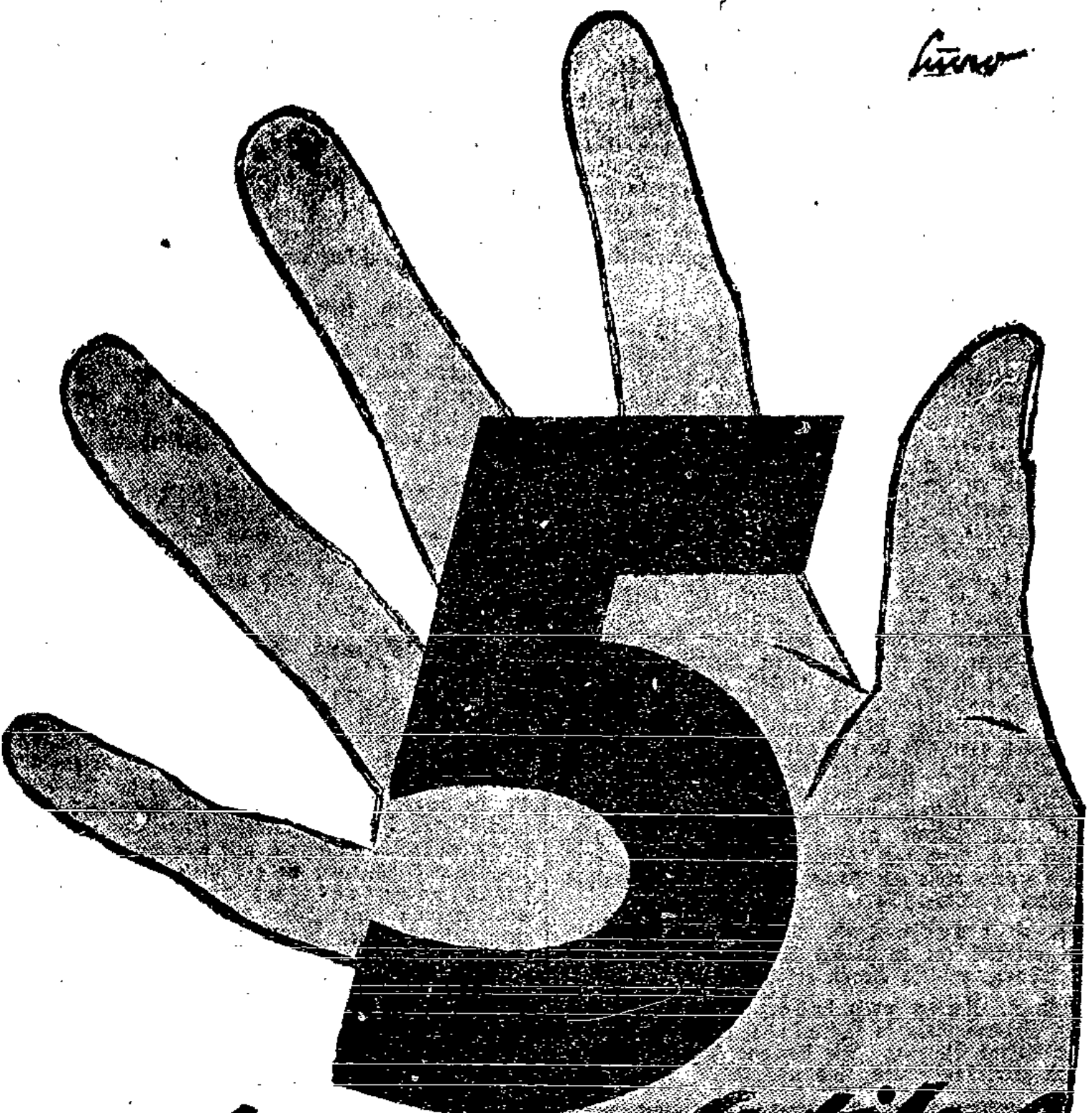
Wasserstand

	3.6.	4.6.		3.6.	4.6.
Walden	1.14	1.20	Kanitz (Unter-Regel) ...	2.00	1.90
Walden (Stadt)	0.88	0.85	Dohrenfurth	1.24	1.22
Walden (Hilf-Regel)	1.52	1.52	Walden (Hilf-Regel)	0.74	0.73
Walden (Hilf-Regel)	1.90	1.85	Walden (Hilf-Regel)	0.43	
Walden (Hilf-Regel)	0.97	0.94	Walden (Hilf-Regel)		

Geschäftliches

Das deutsche Qualitätsmotorrad!

Dem aufmerksamen Beobachter wird auffallen sein, daß ein auffallend gutes Motorrad im Straßenverkehr sich bemerkbar macht. Es ist dies das deutsche Qualitätsmotorrad, das sich durch seine hervorragende Leistung, seine einfache Bedienung, seine geringen Kosten und seine lange Lebensdauer auszeichnet. Das deutsche Qualitätsmotorrad ist ein Produkt der deutschen Motorradindustrie, die sich durch ihre hohe Qualität und ihre sorgfältige Verarbeitung auszeichnet. Das deutsche Qualitätsmotorrad ist ein Produkt der deutschen Motorradindustrie, die sich durch ihre hohe Qualität und ihre sorgfältige Verarbeitung auszeichnet. Das deutsche Qualitätsmotorrad ist ein Produkt der deutschen Motorradindustrie, die sich durch ihre hohe Qualität und ihre sorgfältige Verarbeitung auszeichnet.



notwendige Artikel für die Pfingst Feiertage
Qualitäten sind es - die Sie so billig kaufen!

Strümpfe

Damen-Strümpfe aus feinfädiger, künstlicher Wachs- seide, moderne Farben, Goldstempel	1.45	Damen-Strümpfe Ersatz für reine Seide, unsere Haus- marke „Sylkamon“, Goldstempel	3.75
Damen-Strümpfe aus künstlicher Wachsseide, unsere Hausmarke „Komet“, Goldstempel	2.75	Herren-Socken aus Seidenfaser, mit Kunstseide ple- tiert, moderne Jacquardmuster	1.35

Trikotagen

Damen-Schlüpfer aus Charmeuse, besonders schwarze Qualität, in schönen Pastellfarben, Größe 42-48	2.90	Herren-Netzjacken weiß und makotartig, gute Stra- pazierqualität, verstärkte Schulter, Größe 4	1.45
Damen-PrinzeBrock aus glatter feinfädiger Kunstseide, mit Spitzengelen oben, moderne Farbtöne	3.90	Herren-Kniehosen perle mit verstärktem Schritt, weiß Größe 4	2.25

Wollwaren

Damen-Pullover ohne Arm, aus reiner Wolle, in weiß mit farbiger Kante, zum Teil mit handgezeichnetem Motiv	3.90	Damen-Pullover ohne Arm, orig. Wien, aus reiner Zephyrwolle, feinste Qual., apert. Punktmust. in den Farb. marine-weiß, rot-weiß, beige-braun, lind-braun	6.75
Damen-Weste ohne Arm, aus reiner Wolle, mit Gürtel, durchgemustert	5.90	Herren-Golf-Slipper aus reiner Wolle in den neuesten Sportfarben	9.75

Badeartikel

Bade-Anzug für Herr. u. Dam., neuartig, Jacquard- Oberteil, schwarze Hose, Größe 42- Jede weitere Größe 15.75 mehr	1.95	Damen-Bademantel aus gutem Kreuzstoffs, Doppelkrag- und Stulpen um Besatz, mit Tasche	9.75
Strand-Anzug 2teilig, Bluse und lange Hose, aus prima Wäschebaft, mit gesticktem Motiv, in rosa und lach	6.50	Herren-Bademantel aus prima Frotteestoff, breiter Schal- kragen und Stulpen, große Taschen, in vielen Farben, 135/160 cm	11.50

Wanderkleidung

Bayern-Jacke 3teilig, in blau Indenthan, mit imittierten Hirschhornknöpfen	5.90	Gartenkleid aus blau Zephir, mit Indenthan- farbigem Besatz	2.75
Herren-Wanderhose aus prima braunem Velvoton	6.75	Wanderkleid aus blau Leinen, mit buntem wach- seidenen Besatz, reizende Form und Verarbeitung	6.25

Rudolf Letersdorff
 BRESLAU · OHLAUERSTRASSE · SCHUHBRÜCKE

Stillelegungen — Entlassungen

Stillelegungsantrag der Fürstlichen Gruben in Niederschlesien

Dem allgemeinen Vorgehen der Unternehmer im Reich, ihren Profit auf Kosten der Verelendung der Arbeiterschaft zu retten, schließen sich nun auch die Grubenbarone des niederschlesischen Kreiers an. Eine Anzahl kleinerer Werke sind bereits stillgelegt worden, auch Arbeiterentlassungen haben bereits stattgefunden. Doch war es bisher immer noch möglich, die abgebauten Arbeiter auf anderen Gruben unterzubringen. Nunmehr hat auch die Verwaltung der Fürstlichen Gruben bei der Regierung in Breslau die Teilstillelegung des Tiefbauschachts beantragt. Der Tagesbetrieb soll auf die Stunden von 8 bis 18 Uhr täglich eingeschränkt werden. Die Folge davon dürfte die Entlassung von 104 Arbeitern über Tage und 20 Arbeitern unter Tage sein.

Dieser Antrag mutet um so merkwürdiger an, als neuerdings ein neuer Direktor für die Fürstlichen Gruben angestellt worden ist, mit der Unrentabilität der Gruben scheint es also nicht weit her zu sein. Notwendig ist es, daß sich die Regierung in Breslau dem Antrag der Unternehmer erst einmal ordentlich ansieht, zum mindesten muß darauf gebrungen werden, daß die Weiterbeschäftigung der durch die Teilstillelegung übriggemachten Arbeiter garantiert wird.

15 Prozent Lohnabbau bei 50 Pfennigen Stundenlohn

Wenn die großen Unternehmer, zumal die mächtigen Grubenbarone, mit so leuchtendem Beispiel vorangehen, brauchen auch die Kleinen nicht davor zurückzuschrecken, bei dem allgemeinen Sturm auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft ihren Profit zu vergrößern. So haben die neuen Königsweiler Riesgruben in Firma E. Riedel in Königszell, sowie die Firma Albert Küster in Wörnich die Lohnabgabe zum 30. Juni gekündigt. Obwohl der Stundenlohn der Riesgrubenarbeiter bei diesen Kürzungen nur 50 Pfennige beträgt, beantragen die Unternehmer einen Lohnabbau von 15 Prozent. Man kann im Zweifel darüber sein, ob man das Vorgehen der Unternehmer als Bosheit oder als Greißeit bezeichnen soll.

Eisensteingrube Einigkeit bei Herford entläßt 600 Arbeiter

Die Eisensteingrube Bannenberg-Einigkeit bei Herford (Siegeland) entläßt zum 5. Juni 600 Arbeiter. Die dem Königlichen Bergwerksrat gehörenden Schachtanlagen entlassen zum 15. Juni 700 Arbeiter. Die Eisensteingrube Bergwerk A. G. hat für ihre Schachtanlagen die Entlassung von 1000 Arbeitern für den 15. Juni vorgesehen.

Neuroder Landgemeinden protestieren gegen Bergarbeiterentlassungen

Zu der Tragödie, die sich im Neuroder Bergrevier vorbereitet, und deren Krönung die Entlassung von 900 Bergarbeitern der Wenceslausgrube in Mälke sein soll, haben nun auch die Landgemeinden des Kreises Neurode in einer Demonstration an den Regierungspräsidenten Stellung genommen. Die Landgemeinden weisen darauf hin, daß vor allen Dingen die Wohngemeinden der Knappen an den Ruin gebracht werden, welche beabsichtigt ist, zuerst die auswärts wohnenden Bergleute zu entlassen. Mit erneutem Nachdruck wird aber auf die sonstigen schweren wirtschaftlichen und sozialpolitischen Schädigungen hingewiesen, die für den bis jetzt schon sehr mitleidenden Kreis Neurode nach der Entlassung der Neunhundert kaum noch erträglich sein werden.

Lohnabbau für die rheinischen Ziegelearbeiter und 10tägige Arbeitszeit

Der Arbeitgeberverband der rheinischen Ziegeleiindustrie beabsichtigt, einen fünfzehnprozentigen Lohnabbau anzukündigen, und den Urlaub der Ziegelearbeiter verschlechtert werden, zehn Stunden und mehr sollen die Ziegelearbeiter täglich ohne jeden Zuschlag schuften. Das Monatsgehalt der Meister will man von 265 auf 160 Mark kürzen. Außerdem sollen die Meister, die bisher mietfrei wohnten, künftig fünf Prozent ihres Einkommens an Miete entrichten.

Lohnzulage für die Arbeiter der Berliner Verkehrsgesellschaft

Den Arbeitern der Berliner Verkehrs-Gesellschaft ist durch einen Schiedspruch des Schlichtungs-Ausschusses Groß-Berlin die gleiche Lohnzulage zugesprochen worden, wie sie die übrigen städtischen Arbeiter erhalten haben. (2 Pfennig pro Stunde ab April und ein weiterer Pfennig ab Oktober.) Der Aufsichtsrat der BVG hat mit den Stimmen der sozialdemokratischen Aufsichtsrats-Mitglieder gegen die Stimmen der Bürgerlichen bei Stimmenthaltung der Kommunisten den Spruch angenommen.

Der Unternehmerpreß geht dieser Schiedspruch gegen den Strich. Sie empfindet Mitleid mit den schlecht gestellten verelendeten Arbeitergruppen. Bei ihren Lohnforderungen ist sie weniger zurückhaltend. Die Lohnsenkung will sie möglichst allgemein durchgeführt wissen.

Bremse Auszahlungen

Die Volkshilfe, Versicherungs-Gesellschaft der freien Gewerkschaften und deutschen Konsumgenossenschaften, legt allergrößten Wert auf schnelle Auszahlung der Versicherungssumme, wenn ein Sterbefall eingetreten ist. Im Hauptbüro und in den Filialstellen der Volkshilfe werden grundsätzlich die Sterbefälle sofort bearbeitet. Jedoch verweigert die Regulatorik recht oft darauf, daß mit der Sterbefallmeldung nicht die in den Versicherungsbedingungen angeordneten Dokumente eingereicht werden. Laut § 15 der Versicherungsbedingungen haben die Hinterbliebenen vorzulegen:

1. den Sterbefallbescheinigung;
2. die letzte Krankenbescheinigung;
3. einen Altersnachweis (Geburts- oder Taufschein).

4. eine Sterbeurkunde;
5. ein ärztliches Zeugnis über die Todesursache und den Beginn der letzten Krankheit.

Die Einreichung der unter 1, 2 und 4 aufgeführten Dokumente ist stets erforderlich. Auf den unter 3 erwähnten Altersnachweis wird verzichtet in folgenden Fällen:

- a) wenn aus der Sterbeurkunde das Alter des Verstärzten einwandfrei hervorgeht;
- b) wenn der Tod vor Vollendung des siebennten Lebensjahres oder im ersten Versicherungsjahr eingetreten ist und nur die eingezahlten Prämien zurückerstattet werden;
- c) wenn die Versicherung bereits vor dem 1. November 1928, also vor der Umstellung auf Rentenmarkt, abgeschlossen worden ist.

In allen anderen Fällen muß ein Altersnachweis eingehandt werden.

Recht häufig ist leider festgestellt worden, daß die Einreichung des unter Punkt 5 genannten ärztlichen Zeugnisses unterbleibt oder eine ärztliche Bescheinigung übermittelt wird, die den Bestimmungen des § 18 nicht entspricht.

Das ärztliche Zeugnis soll enthalten:

- a) die Todesursache;
 - b) den Beginn der letzten Krankheit.
- Sehr häufig wird ferner dem Beginn der letzten Krankheit der Beginn der letzten Behandlung angegeben. Es wird also zum Beispiel in einem ärztlichen Zeugnis gesagt:
- „Herr trat am wegen einer Lungen-

Öffentliche Fürsorge und Sperrfristen

Wie allgemein bekannt sein dürfte, können die Arbeitsämter aus bestimmten Gründen gegen einen Arbeitslosen eine sogenannte Sperrfrist verhängen, ihm also die Unterstützung sperren. Diese Sperrfristen können verhängt werden, wenn sich der Arbeitslose ohne berechtigten Grund weigert, eine zugewiesene Arbeit anzunehmen. Weiter kann die Unterstützung dann gesperrt werden, wenn der Arbeitslose ohne berechtigten oder ohne wichtigen Grund seine Arbeitsstelle aufgegeben hat. Schließlich ist eine solche Bestrafung noch möglich, wenn sich ein Arbeitsloser weigert, sich einer Berufsumschulung oder Berufsausbildung zu unterziehen. Es kann hier nicht näher auf diese Bestimmungen eingegangen werden. Erwähnt sei nur noch, daß die Sperrfrist im allgemeinen vier Wochen beträgt. Bei besonders liegenden Fällen kann sie auf zwei Wochen herabgesetzt, jedoch auch auf acht Wochen verlängert werden. Da der Arbeitslose während der Sperrfrist keine Unterstützung durch das Arbeitsamt erhält, von irgendetwas aber leben muß, so muß er eben andere Hilfsquellen in Anspruch nehmen (Fürsorgeämter, Krankenkassen usw.). Er wird in den allermeisten Fällen sozial Reichtümer gesammelt haben, um während der Sperrfrist leben zu können. Man will jedoch dem von einer Sperrfrist betroffenen Arbeitslosen auch diesen Weg zur Fristung seines Lebens unmöglich machen oder wenigstens erschweren. So hat der Präsident der Reichsanstalt bereits unterm 4. Mai 1929 an seine nachgeordneten Stellen einen Erlaß herausgegeben mit der Ueberschrift: „Maßnahmen gegen ungerechtfertigte Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung.“ In diesem heißt es u. a.: „Die Sperrfristen verletzen ihren arbeitserzieherischen Zweck, wenn andere soziale Einrichtungen dem Arbeitslosen die Ueberwindung der unterstützungslosen Zeit übermäßig erleichtern.“ Gleichermäßen als Ausführungsbestimmung heißt es dann weiter: „Vor allem ist es Aufgabe des Arbeitsamts, mit den Bezirksfürsorgeverbänden in Verbindung zu treten und Vereinbarungen zu schließen, wodurch sichergestellt wird, daß die Fürsorgeverbände Arbeitsfähige nur dann mit Geld unterstützen, wenn sie arbeitswillig sind.“ Weiter schreibt der Präsident: „Gegenüber Krankmeldungen von Personen, über die eine Sperrfrist verhängt worden ist, besteht bisweilen ein gewisses Mißtrauen. Die Arbeitsämter werden mit den Krankenkassen in Verbindung stehen müssen, damit diese solche Personen von Vertrauensärzten möglichst rasch nach erfolgter Krankmeldung untersuchen lassen und eine verlässliche Krankenkontrolle einsehen können.“ Anscheinend war es mit diesem Erlaß noch nicht genug, oder die Wirkungen desselben genügten nicht. Jetzt nun hat der Reichsarbeitsminister in Gemeinschaft mit dem Reichsminister des Innern am 27. Juni 1929 an die einzelnen Sozialministerien der Länder ein Schreiben gerichtet. Es wird in demselben angeführt: „Die Dienststellen der Arbeitslosenversicherung fragen darüber, das Verfahren der Fürsorgebehörden durchkreuzt in vielen Fällen die Absicht der Sperrfrist-Bestimmungen, zum Arbeitswillen zu erziehen; häufig unterstützen die Fürsorgebehörden Arbeitslose während der Sperrfrist mit denselben Beträgen, die sie erhalten würden, wenn sie von der Arbeitslosenversicherung zu unterstützen wären. Um diesem „Uebel“ abzuhelfen, ist angeregt und auch geplant worden, die Bestimmungen der öffentlichen Fürsorge abzuändern. Da dies aber nicht so schnell geht und die Änderungen immerhin einige Zeit dauern werden, sollen schon jetzt die Fürsorgeämter darauf sehen, daß den Wünschen der Arbeitsämter Rechnung getragen wird. Um dies zu erreichen, geben die beiden genannten Minister folgende Anweisung: „Es wird daher vor allem als eine Pflicht der Fürsorgebehörden bezeichnet werden müssen, in allen derartigen Fällen die Voraussetzungen der Hilfsbedürftigkeit aufs strengste zu prüfen und Art und Maß der Fürsorge auf das zur Fristung des Lebens Unvermeidliche zu beschränken. Dabei sollte von der Möglichkeit, die Unterstützung in Form von Sachleistungen zu gewähren, Gebrauch gemacht und namentlich den Familienangehörigen des Arbeitslosen der Lebensunterhalt durch Sachleistungen abgesichert werden.“ In dem Schreiben wird weiter ausgeführt, daß den Arbeitslosen innearestes Vorunterstützung in demselben oder ähnlichem demselben Umfange gewährt werden

tuberkulose in meine Behandlung und ist am dieser Krankheit gestorben.“

Derartige Atteste sind unzulänglich. Der Arzt, der Verstorbenen zuletzt behandelt hat, soll nach Möglichkeit Beginn der Krankheit, welche zum Tode geführt hat, angeben. Wenn er dazu nicht in der Lage ist, muß hierüber eine Bescheinigung desjenigen Arztes, bei dem sich der Verstorbene wegen desselben Leidens in Behandlung befunden hat, abgegeben werden. Eine Auskunfts anderer unterrichteter Personen eingehalten werden.

Genau Beachtung obiger Ausführungen gewährleistet unverzüglich die Auszahlung der Hinterbliebenen zusehenden Beträge.

Die Deutsche Schiffs- und Maschinenbau A.G. in Breslau (Deutsche Schiff- und Maschinenbau A.G. in Breslau) erzielte für das Jahr 1929 einen Geschäftsüberschuss von 17,7 Millionen Mark. Die Abschreibungen verringerten sich von 2,97 Millionen auf 2,19 Millionen. Nach Berücksichtigung Handelsunkosten usw. und nach Berechnung des Gewinnvorschlages aus dem Vorjahre bleibt ein Verlust von 7,34 Millionen Mark. Im Vorjahr wurde ein Gewinn von einer halben Million Mark erzielt. Der Verlust wird dadurch gedeckt, daß nominell 11 Millionen Aktien eingezogen wurden.

Erweiterung des Teilstreiks der Automatenweber in Maulburg. Seit Wochen streiken in der Wehert- und Maulburg (Baden) sämtliche Automatenweber und Spulerrinnen, weil sie statt wie bisher 12 Stühle künftig 16 bedienen sollen und 1000 Schuß pro 1000 um etwa 20 Prozent geteilt werden. Der Kampf hat neuerdings eine Erweiterung infolge der Erweiterung als infolge des Streiks der Spulerrinnen in Maulburg auch Spinner und Weber des Zweigbetriebs Steinen ausgebreitet wurden.

Alle diese Erlasse, Rundschreiben usw. soll es dem Arbeitslosen erspart werden, während der Sperrfrist Unterstützung durch die Wohlfahrtsämter zu erhalten. Sind schon an und für sich die Wohlfahrtsämter in vielen Fällen gerade „gebesudlig“, so werden sie auf Grund dieser Rundschreiben ihre Taten erst recht jubeln. Da die Dinge ziemlich klar liegen, erübrigen sich wohl weitere Ausführungen!

Amerikanische Firmen suchen Geschäftsverbindungen in Schlesia

Laut Mitteilung des Amerikanischen Konsulats in Breslau suchen folgende Firmen Geschäftsverbindungen in Schlesia:

The Chrysler Export Corporation, Detroit, Michigan;	Schiffsmotoren, sucht Vertreter
Mr. S. W. Remington, 57—59 Front Street, New York;	Automatische Steindrucker, Maschinen für die Zementwarenindustrie, Betonmischer, etc. Vertreter.
Messrs. I. Siskind & Co., Chelsea, Massachusetts;	Gebrauchte Krollhaare, Importeure.
Roy D. Martin Lumber & Co., Alexandria, Louisiana;	Amerikanische Hölzer, sucht Vertreter.
The Harnischfeger Corporation, Milwaukee, Wisconsin;	Landbagger, Rammen u. Kranen, sucht Vertreter.
The Variety Rolling Door Company, 221 East Broadway, Westerville, Ohio;	Stahlblech Rollmaschinen, sucht Vertreter.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten

beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Mai auf 146,7 gegenüber 147 im Vormonat. Sie ist somit um 0,5 u. S. zurückgegangen. Der Rückgang ist im wesentlichen durch eine weitere Senkung der Ernährungsausgaben bedingt. Bei diesen haben hauptsächlich die Preise für Milch und Milchzeugnisse sowie für Schweinefleisch nachgegeben; die Preise für Brot und Fleisch haben sich dagegen teilweise erhöht. Die Ausgaben für Bekleidung sind weiter leicht zurückgegangen. In der Gruppe Heizung und Beleuchtung wirkte sich die saisonmäßige Herabsetzung der Preise für Hausbrandholz aus. Die Indexziffern für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 = 100): für Ernährung 141,7, für Wohnung 127,7, für Heizung und Beleuchtung 149,9, für Bekleidung 167,2, für den „Sonstigen Bedarf“ einschließlich Verkehr 192,5.

Der Preisindex nimmt nur langsam und zögernd zu und zwar scheint die Ausnahme noch immer vorzugsweise den zufälligen Erhöhungen des Marktes bzw. auf Saisonereignisse zu beruhen. Auffällig ist das Ansteigen der Indexziffer der Mehl- und Brotpreise, obwohl die Getreidepreise sich nicht wesentlich verändert haben. Wir erleben hier die Erscheinung, daß die Mehl- und Brotpreise mit den sinkenden Getreidepreisen nur langsam zurückgehen, daß sie aber, jeder Veränderung der Getreidepreise nach, sofort und überbesseln folgen. Soweit die neue Erhöhung der Mehl- und Brotpreise in Frage kommt, liegt aber, wie wir bereits bemerkten, keine wesentliche Steigerung der Getreidepreise vor. Man kann sich die Erhöhung der Mehl- und Brotpreise nur aus der Stimmung heraus, die sich an die neuen Agrarmagnahmen des Kabinetts schließt, erklären. Der Reichsernährungsminister Schöle hat also mit seinen sanften Agrarmagnahmen zunächst erreicht, daß die Brotpreise gestiegen sind und daß die Bäcker mehr verdienen. Dem Roggenabfall wird diese Entwicklung gerade nicht förderlich sein.

Kauft nur bei den
Stunden unserer Zeitung!



Arbeitsende Jugend,
heraus vom Freigewerkschaftlichen Jugendrat
am 18. und 20. Juli 1929, in Breslau.

Zur Einweihung der Arbeiter-Wirtschaftsschule in Peterswaldau

am 6. Juni 1930

Drei Bemerkungen

Von Oberpräsident Lüdemann

Die deutsche Republik will sozialer Volksstaat sein; alles für das Volk und durch das Volk geschehen. Demokratie läßt sich nur verwirklichen, wenn allen Schichten des Volkes eine lebendige Anteilnahme an Gesetzgebung und Verwaltung ermöglicht wird. Zu diesem Zweck muß der Staat Einrichtungen aller Art schaffen, durch die das Volk seine Meinung bekunden und seinen Willen ausüben kann. Es genügt aber nicht, daß der Staat solche Einrichtungen schafft; er muß auch das Volk befähigen, diese Einrichtungen zu gebrauchen. Demokratie kann nicht das Vorrecht einer kleinen Oberschicht sein. Alle demokratischen Einrichtungen der Republik können daher erst vollen Wert erlangen, wenn genügend Menschen da sind, die ausreichende Kenntnisse und Fähigkeiten besitzen, um an der Gestaltung der Wirtschaft und der Verwaltung des öffentlichen Lebens mitbestimmend teilzunehmen. So ergibt sich die Pflicht des Staates, die Menschen zu bilden, die ihn als sozialen Volksstaat verwirklichen.

Mit den vorhandenen höheren Lehranstalten ist diese Aufgabe nicht zu lösen. Zwei Drittel der gesamten Bevölkerung sind Arbeiter. Diese



Arbeiter müssen gebildet werden. Von je 100 Kindern, die die Volksschule besuchen, bleiben regelmäßig 94 in der Volksschule. Später werden sie Arbeiter und kommen in die Berufsschule. Die Berufsschule ist für die meisten Menschen die letzte Bildungsanstalt, die sie überhaupt besuchen. Hier muß angeknüpft werden, um den begabten weitere Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten zu erschließen. Daher die Notwendigkeit, besondere Arbeiter- und Wirtschaftsschulen zu schaffen, die zu bewährtem Volkswissen führen, die aus der Masse die Persönlichkeit und für die Masse den Führer bilden.

Drei Arbeiterwirtschaftsschulen hat der Preussische Staat bisher errichtet. Das ist nicht viel; aber es ist ein Anfang. Und ein Bekenntnis zugleich. Erfährt diese Schularart künftig die Förderung, die für höhere Alltagschulen als selbstverständlich erachtet wird, so wird dem schaffenden deutschen Volke reicher Segen erwachsen. Arbeiter leben überall, die meisten jedoch im industriereichen Westen. So erklärt es sich, daß eine der staatlichen Schulen in Düsseldorf, die zweite in Frankfurt am Main, die dritte in Berlin errichtet wurde. Schlesien und der Osten waren bisher nicht berücksichtigt worden. Wenn heute diese Lücke ausgefüllt wird, so ist daran zu erinnern, daß der deutsche Osten nicht eben reich an höheren Bildungsanstalten ist, daß andererseits aber gerade die ostdeutsche Bevölkerung erhöhten Anspruch auf vermehrte Bildung hat. Die Wirtschaftsschule der schlesischen Arbeiterwirtschaft hat daher ein begründetes Anrecht auf besondere staatliche Förderung und auf wirksame Unterstützung durch alle Stellen, denen die Pflege von Bildung und Kultur obliegt.

Weshalb eine neue Arbeiter-Wirtschaftsschule?

Von Dr. Otto Stammer,
Leiter der Arbeiterwirtschaftsschule.

Die deutsche Arbeiterklasse durchlebt eine entscheidende geschichtliche Periode. Einer kurzen Zeit schnellen Aufstiegs und gewaltiger Leistungen folgen jetzt Jahre harter Kämpfe um die Details der Staatsführung, um die Erhaltung bestehender Volksrechte, um Schutze eines Lebensstandards, den die krisenbedingte Entwicklung unserer Wirtschaft in Gefahr zu bringen droht. Das Jahrzehnt, in das wir eintreten, ist für die Arbeiterklasse Deutschlands eines der Prüfung, eines der kritischen Bestimmungsjahre. Eine Arbeiterklasse, die in Aufgaben hineingewachsen ist, wie sie der heutige Staat an die Vertreter der Schichten stellt, die sich selbst als die Träger zukünftigen Staatslebens fühlen, kann unmöglich an den Forderungen vorbeigehen, die die Gewerkschaften heute in ihren Bildungsprogrammen vertreten. Den Forderungen nach gewissenhafter Erfüllung der geistigen Grundlagen der Wirtschaft der Arbeiter und Angestellten in Gesellschaft

und Wirtschaft, den Forderungen nach Erhöhung der sachlichen Leistungsfähigkeit in den gesellschaftlich-politischen Kämpfen. Die Parole der Arbeiter- und Angekellenshaft ist nicht Furcht-Wahrhalten und Entschuldigungen, sondern Wissen, Können und Volkbringen! Nicht das Ganze nur bestimmt den Einzelfall, sondern die Fülle der Einzelfälle macht auch das Ganze.

Wie der Gemeindevorsteher heute das Geschick seines Verbandes betreut, wie der Betriebsrat im Kampfe um die Arbeiterinteressen auftritt, wie der Wohlfahrts- und Fürsorgebeamte Werte zu bieten, was der Gewerkschaftssekretär, der Vertrauensmann in der Sozialversicherung zu leisten vermag, das ist für eine „Volksvertretung“ genau so wichtig, wie die Rolle des Abgeordneten, des Staatsbeamten, des politischen Führers. Es ist nicht nur der leidenschaftliche Schwung einer Gesinnung, das Feuer eines Temperaments, das für durchschlagende Erfolge im Leben entscheidet, es sind sachliches Wissen und das Wissen um die politische Bewertung erkannter Grundzüge. In einer Zeit des allgemeinen Mismuts, der Korruption und des Fatalismus, in einer Zeit, da alle Gruppen und Parteien Misserfolge und Niederlagen hinnehmen müssen, wird für den modernen Staat die Intelligenz der Volksbildung, für die Arbeiterschaft im besonderen die Leistungsfähigkeit der Arbeiterbildung zum Prüfstein der Entwicklung.

Mit Bewußtsein wird hier von Intelligenz gesprochen. Wer vermag heute zu sagen, welchen Anteil falsch verstandene Schlagworte, zu Phrasen verimpfte Wissens- und Glaubenssätze an der allgemeinen Depressions des gesellschaftlichen Gemüts haben? Wer vermöchte insbesondere zu beweisen, wie stark auf die seelische Haltung der Arbeiterschaft der bisher noch nicht gelöste Widerspruch zwischen emotionalem Massenwillen und sachlicher Leistungsfähigkeit, zwischen den objektiven und den subjektiven Voraussetzungen des sozialen Fortschritts einwirkt? Das, was der Arbeiterschaft heute mangelt, ist die Klarheit der Begriffe, die Klarheit des politischen Urteils, der allein sich in der Demokratie der lebendige Zielwille unterordnen soll. Es mangelt an Tatsachenwissen und an methodischem Können, Dinge der Außenwelt in ihren Zusammenhängen zu begreifen. Die experimentelle Methode der Arbeiterbildung, die aus agitatorischen Rücksichten Massenbegeisterung aus Massenfühlen ableiten muß, die im gewaltigen Ringen der Geister um die Seele des Volkes die Grundlinien einer gesellschaftspolitischen Haltung herausarbeiten muß, kann Aufgaben nicht erfüllen, die auf der Basis gesunder Führerschaft im modernen Staat erwachsen und systematisch und Intelligenz bei der Behandlung erfordern.

Führer der Arbeiterschaft ist nur der, der ihr Vertrauen besitzt, gleichgültig an welcher Stelle ihn dieses Vertrauen setzt. Zur Sicherheit des Vertrauens gehört aber nicht nur die Sicherheit des Charakters, sondern auch die Sicherheit der Leistung, die von ihm erwartet wird. Die größte Tragödie für den Vertrauensmann ist doch, wenn er das Vertrauen der Masse verliert, nicht aus Mangel an Charakter, sondern aus Mangel an Leistung oder aus Mangel an Können, objektive Leistungsunfähigkeit verständlich zu machen. Die vorübergehende Anziehungskraft des dramatisierenden Faschismus mit seiner männlichen, aber unbegrenzter Leistungsfähigkeit entspringt ja doch diesen Voraussetzungen.

Deshalb gerade in einer Zeit schwerster Krisen eine neue Arbeiterhochschule, deren Notwendigkeit von den verantwortlichen Persönlichkeiten des modernen Staates eingesehen wird. Die neue Arbeiterwirtschaftsschule in Peterswaldau, die für den Osten Deutschlands ähnliches will, was die Fachschulen für Wirtschaft und Verwaltung in Düsseldorf und Berlin, was die Akademie der Arbeit in Frankfurt für den Westen versuchen zu erreichen, will ein Bildungsinstitut für alle die jungen Arbeiter und Angestellten schaffen, die tüchtig und charakterfest genug sind, um Vertrauensstellungen der Arbeiterschaft in und außerhalb des Staates bekleiden zu können. Die Arbeiterwirtschaftsschule will sich in ihrem Lehrstoff auf das beschränken, was diesen jungen Arbeitern und Angestellten heute am notwendigsten ist: das Wissen um die Dinge der Wirtschaft und des Staates. Vom Konkreten will die Schule zum Abstrakten vorstufen, vom Lebendigen, Anschaulichen zum Begrifflichen, Problematischen. Nicht in angenehmer Neutralität, die die Gegensätze nur verwischt, will sie arbeiten, sondern in toleranter und kritischer Gegenüberstellung der politischen und weltanschaulichen Gegensätze, die in dem Ganzen der Arbeiter- und Angestelltenwelt vorhanden sind. Das Ziel ihrer Arbeit ist: Leistungswillen und Verantwortungsbewußtsein zu erziehen vor den gestaltenden, fortschrittlichen Kräften des modernen Staates.

Die ersten beiden sechswöchigen Vorbereitungsstufen haben gezeigt, daß es geht, sachlich und menschlich. Möge der erste Jahresturs, der im Herbst beginnt, das Werk verantwortlicher Staatspolitiker und Arbeitervertreter krönen.

Entstehung der Wirtschaftsschulen

Am 18. November 1919 wurde der verfassunggebenden Preussischen Landesversammlung folgender Antrag unterbreitet: „Die verfassunggebende Preussische Landesversammlung wolle beschließen: die Staatsregierung zu ermahnen, um Arbeitern und Angestellten in steigendem Maße die Beteiligung an der berufsmäßigen Verwaltung sozialer und wirtschaftlicher Angelegenheiten zu ermöglichen, besondere volkswirtschaftliche Mittelschulen nach Art der technischen Mittelschulen (z. B. Maschinenbau- und Baugewerkschulen) einzurichten, die sich auf Volks- und Fortbildungsschulen aufbauen. Die Studienzeit soll zwei bis drei Jahre betragen. Lehrgegenstände sind besonders: Volkswirtschaft, Sozialwissenschaft, Rechts-, Gesetzes- und Verwaltungskunde.“

Zweck der Schule ist: Ausbildung geeigneter Personen aus allen Volksschichten für die Ausübung mittlerer und höherer Verwaltungstätigkeit im öffentlichen Dienst und im freien Organisations- und Wirtschaftsleben.

Dr. (Frankfurt) Lüdemann und die übrigen Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei.“ Für die Aufnahme, die dieser Antrag in der verfassunggebenden Preussischen Landesversammlung gefunden hat, sind die Ausführungen bezeichnend, mit denen bei seiner Beratung im Handels- und Gewerbeausschuß*) der zum Berichterstatter beauftragte deutschnational-Abgeordnete Dr. Marlin in die Verhandlungen einleitete:

Der Antrag verdient vollste Würdigung. Er verfolge den Zweck, der breiten Masse des Volkes mehr Wissen zu vermitteln, als es bisher der Fall war. Eine intensivere Ausbildung in den Dingen des öffentlichen Lebens müsse unbedingt erfolgen. Große Bedeutung hätten die Gewerkschaften und die Genossenschaften erlangt, in denen die breiten Volksmassen besonders vertreten seien. Daher müsse man ihren Funktionen die Möglichkeit geben, sich weiter auszubilden zu können. Der Drang nach Aufstieg mache sich sehr bemerkbar, wiewohl aber häufig an den Geldverhältnissen. Daher müsse die Schulfrage auch von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet werden; die sich hier ergebenden Schwierigkeiten ließen sich aber überwinden. Unter allen Umständen müßten Männer und Frauen Gelegenheit haben, sich für die öffentlichen Ämter, wie Stadtverordnetenämter, Ämter für den Kreisrat, Provinziallandtag und die Parlamentare auszubilden. Neuerdings werde vielfach aus den Gewerkschaftskreisen die Beamtenschaft genommen;

*) Drucksache 2386 der verfassunggebenden Preussischen Landesversammlung.

die Leute, die ein öffentliches Amt bekleiden, müßten aber auch mit einem ausreichenden Maß von Wissen ausgerüstet sein, daher sei ihre gründliche Durchbildung eine zwingende Notwendigkeit. Das Reich habe ohne Zweifel ein großes Interesse an diesen Schulen, daselbst gelte auch vom Staat und nicht zuletzt von den Gemeinden. Daher wäre es eigentlich selbstverständlich, wenn alle drei Faktoren sich verpflichteten, für die nicht unerheblichen Kosten aufzukommen. Wenn zunächst einige größere Gemeinden solche Schulen einrichteten, würde man sich in einigen Jahren über ihren Wert klar werden können. Er selbst sei der Überzeugung, daß die Schulen sich bewähren und gute Erfolge zeitigen würden, so daß man sie später für das ganze Reich einführen werde. Man müsse daran denken, recht viel tüchtige Männer und Frauen in den Dienst des öffentlichen Lebens zu stellen, die den ernstlichen Willen haben, uns aus der tiefen Not, in der wir uns befinden, herauszuführen. Wenn durch die Schulen das erreicht würde, machten sich die Kosten glänzend bezahlt. Daher solle man sich ernstlich mit der Frage beschäftigen, ob man nicht recht bald den Versuch machen müsse, den dankenswerten Vorschlag, der im Antrag enthalten sei, in die Tat umzusetzen.

Der inzwischen (nach dem Rapp-Bußsch) zum Finanzminister gewählte Hauptantragsteller, Genosse Lüdemann, betonte, daß gerade die Ereignisse der letzten Wochen gezeigt hätten, wie dringend notwendig es sei, daß alle Mittel aufgebieten würden, dem Volke zu einer größeren Zahl von Führern zu verhelfen, die in der Lage seien, an der Verwaltung der öffentlichen und privaten Einrichtungen teilzunehmen. Seit der Revolution seien große Volksschichten erstmalig in die Lage gekommen, ihren Willen wirtschaftlich und politisch zur Geltung zu bringen. Diese Volks-



schichten seien aber bisher daran gehindert worden, aus ihren Kreisen heraus genügend Führer so auszubilden, daß sie in der Lage seien, höhere Ämter zu bekleiden. Dem Mangel an genügend vorgebildeten und richtig geschulten Vertrauenspersonen der Arbeiterschaft müsse unbedingt abgeholfen werden. Das könne nur so geschehen, daß man Leuten aus der Arbeiterklasse mehr als bisher die Möglichkeit gebe, sich diejenigen Kenntnisse zu erwerben, deren Besitz die Voraussetzung für die befriedigende Ausübung des Berufes als höherer Beamter bilde. Diesem Gedankengang schloß sich die Rede an. Heute seien die höheren und zum Teil auch mittleren Ämter Leuten mit akademischer Bildung vorbehalten. Diese könne sich aber nur ein geringer Teil des Volkes erwerben. Es müsse dafür gesorgt werden, daß die Massen die Möglichkeit erhielten, die fähigsten Köpfe mit den erforderlichen Kenntnissen zu versehen.

In Frankfurt am Main, wo die Gefahr vorlag, daß die dortige Universität nicht mehr weiter durchgehalten werden könnte, hätten sich die städtischen Körperschaften bereit erklärt, die Hilfsmittel für die Universität in den Dienst der Errichtung einer derartigen Studienanstalt zu stellen, d. h. die Hilfsmittel sollten zusammengefaßt werden, um neben der Universität eine besondere Ausbildungsanstalt für Arbeiter, Beamte und Angestellte zu schaffen, die die hier erstrebten Ziele verfolgen sollte. Da die Studierenden nicht über die Mittel verfügen, um jahrelang an einer derartigen Anstalt arbeiten zu können, werde man darauf hinwirken müssen, daß umfangreiche Stipendien bereitgestellt werden. Auch werde man diese Schulen teilweise mit Internaten verbinden müssen, was freilich erhebliche Kosten verursachen werde. Es werde aber wohl möglich sein, hier einen Weg zu finden.

Der Vertreter des Handelsministeriums erkannte die Bedeutung der Schulen an, und befürwortete ihre Errichtung, weil damit eine Lücke in unserem Bildungsweien ausgefüllt werde. Ähnliche Einrichtungen seien ja bereits in den Maschinenbau-, Baugewerk-, Kunstgewerbe- und Spezialfachschulen vorhanden. Auch auf dem Gebiete des Handels sei ein ausgebildetes Schulwesen vorhanden. Hier ließen sich die Schulen inhaltlich und organisatorisch am leichtesten angliedern. Im Volke werde sich ein lebhaftes Interesse für die vorgeschlagene Form finden. Die Aufgabe der Schulen werde sein, grundlegende, wirtschaftlich-rechtliche Ausbildung zu vermitteln, um geeignete Leute vorzubereiten, eine gehobene Stellung im gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und öffentlichen Leben zu bekleiden und sich hier weiter zu entwickeln. Die Teilnehmer müßten sich schon eine Zeilang im Wirtschaftslieben betätigt haben. Die Schulen müßten auch der großen Masse der ungelerten Arbeiter, unter denen sich eine große Zahl tüchtiger Menschen befände, die Möglichkeit zum Aufstieg bieten. Man werde daher ein Mindestalter festsetzen müssen, vielleicht 18 Jahre. Die Auswahl der Teilnehmer sei schwierig. Daß Vertrauensleute der Organisationen in die Schulen geschickt würden, sei ein dankenswerter Vorschlag. Dadurch würde man Menschen bekommen, die das haben, was von entscheidender Bedeutung ist: Ehrlichkeit. Um die obligatorische Einführung könne es sich nicht handeln, weil keine gesetzliche Pflicht vorliege. Aber die großen Gemeinden würden sich sehr gern betriebsliche Schulen einrichten. Es werde sich eine neue Schulform entwickeln, die Leben in sich habe und dazu beitragen könne, die Kräfte, die mit für die Zukunft brauchen, auszubilden.

Der Vertreter des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung erklärte, daß der Minister dem Plane mit voller Sympathie gegenüberstehe. Die großen sozialen Gedanken, die zu

Dem Antrag gefolgt hätten, lägen klar zutage. Wichtig sei, daß der soziale Grundgedanke für die Beamten, die im praktischen Leben gebraucht werden, nutzbar gemacht werde. Diese müßten eine Hochschulbildung mit sozialer Grundlage haben. Dies als Vorklärender hingeworfene vorklärende Absicht. Dr. Kalle, Mitglied im Namen seiner Partei den im Antrag gemachten Ausführungen an. Es ist außerordentlich wichtig, daß die Hochschulbildung zu vermitteln. Die ganze Frage ist für die Zukunft von großer Bedeutung, und es ist daher notwendig, den besten Weg zu wählen. Die Hauptsache ist, daß die Staatsregierung, das Reich und die Gemeinden dafür interessiert seien, damit die Mittel dafür aufgebracht werden können.

Das Ergebnis dieser Beratung war, daß bei der am Schluß vorgenommenen Abstimmung der Ausschuss einstimmig beschloß, der Landesversammlung die Annahme des Antrages des Dr. Kalle und Genossen zu empfehlen. Noch ehe es hierzu kam, gelang es dem Genossen Widemann durch die Berechtigung eines größeren Geldbetrages für die in Folge der Markterwertung notwendig gewordenen Universitäten in Frankfurt a. M., daß zunächst dort eine Anstalt der angestrebten Art unter dem Namen "Akademie der Arbeit" errichtet wurde, die wegen ihrer Verbindung mit der Universität dem Preussischen Kultusminister untersteht. Ihre feierliche Eröffnung fand am 2. Mai 1921 statt. Genosse Widemann hat dann noch in den von ihm aufgestellten Haushaltsplan für 1921/22 die Mittel für zwei Wirtschaftsschulen aufgenommen, die nachher auch vom Landtag bewilligt worden sind. Diese beiden Schulen haben den Namen "Staatliche Fachschulen für Wirtschaft und Verwaltung" erhalten und unterstehen, wie alle übrigen Fachschulen, dem Minister für Handel und Gewerbe. Die eine wurde am 2. Mai 1922 in Berlin eröffnet, die andere am 12. Juni 1922 in Düsseldorf.

Die gleichzeitige Einrichtung einer weiteren Wirtschaftsschule für den deutschen Osten war damals nicht möglich. Diese müßte jedoch nimmher ausgefüllt werden. Die Arbeiterwirtschaftsschule in Peterswaldau, die am 6. Juni feierlich eingeweiht werden soll, ist allerdings keine staatliche Schule. Sie ist aber in allen Beziehungen den staatlichen Anstalten nachgebildet und wird deshalb mit vollem Recht überwiegend durch Zuwendungen öffentlicher Körperschaften finanziert. Rechts Träger ist der Verein für Arbeiterbildung e. V., Breslau, den Genosse Widemann zu diesem Zweck am 9. August vorigen Jahres ins Leben gerufen hat. Zu seinen Mitgliedern gehören eine große Anzahl öffentlicher Körperschaften und auch in dem für die Betreuung der Schule gebildeten Kuratorium sitzen neben Vertrauenspersonen der Arbeiterbewegung aller Richtungen Vertreter der öffentlichen Körperschaften und Behörden.

Es ist zu hoffen, daß die neue Schule, die die erste höhere Bildungsinstitution für die Arbeiterwelt des deutschen Ostens ist, sich ebenso günstig entwickeln wird, wie die anderen Preussischen Schulen derselben Art, und daß sie darüber hinaus in besonderer Weise die schließliche Arbeiterwelt ein Bildungszentrum werden wird, von dem im Laufe der Jahre immer stärkere Kräfte in das öffentliche Leben des neuen Deutschlands ausströmen werden.

Zwei Schüler berichten über Peterswaldau

Bericht über den ersten Vorbereitungskursus der Arbeiter-Wirtschaftsschule Peterswaldau

Von Karl Bindig, Breslau

Durch die im November 1918 vollzogene Umwälzung in Deutschland war es der Arbeiterwelt, insbesondere der sozialistischen, möglich, einen Einfluß im Staate zu bekommen bezw. an dem Ausbau derselben mitzuarbeiten.

Wenn es trotzdem nicht möglich war, allen Einfluß geltend zu machen, um die Vorteile im Interesse der Arbeiterwelt zu erhalten bzw. auszubauen, so lag das zu einem Teil daran, daß es an Kräften fehlte, um sie an die Stellen zu setzen, die es zu besetzen galt. Die wenigen Kräfte, die bereits durch die Schule der Arbeiterbewegung gegangen waren, waren bald verbraucht; dadurch ist es zu erklären, daß manches wieder verloren ging. Zu einem großen Teil war auch die politische Zersplitterung der Arbeiterbewegung Schuld.

Will nun die Arbeiterwelt die wenigen Erzeugnisse, die ihr nun verblieben sind, erhalten bezw. vergrößern, Neuland zu gewinnen, so muß sie bestrebt sein, Kräfte zu schaffen, die als verantwortliche Mitarbeiter tätig sind. Dies ist aber nur durch eine gute und gründliche Ausbildung möglich.

Die gründliche Schulung kann nicht in Abendkursen oder in kurzen Unterrichtsstunden von vier bis sechs wöchentlich Dauer erfolgen, hierzu ist eine längere Unterrichtsdauer erforderlich. So gut und zweckmäßig die Abendkurse bezw. die Vier- bis Sechswöchigen Kurse sein mögen, so kann dort den Schülern doch alles nur flüchtig beigebracht werden, was wiederum sehr leicht zu einer Verflüchtigung bezw. Verblüdung führen kann.

Daher soll sich aber die sozialistische Arbeiterwelt hüten, denn nichts ist gefährlicher als Halbbildung. Leider ist es dem einzelnen jungen Arbeiter und Angestellten aus eigenen Mitteln allein nicht möglich, sich zu schulen. Hier helfend eingreifen; ist eine Aufgabe des Staates. Es ist deshalb zu begreifen, wenn führende Genossen in Staatsstellen beehrt sind, von Staatswegen Volkshochschulen zu unterstützen bzw. ausbauen, um jungen Arbeiter und Angestellten einen längeren Schulbesuch zu ermöglichen.

Besonders trifft dies hier für den Osten zu, da hier die Bildungsmöglichkeiten noch sehr im Argen liegen. Haben doch die Agrarier kein Interesse an einer geschulten Arbeiterwelt. Hier ist es besonders Genosse Widemann, welcher bestrebt ist, eine derartige Bildungsinstitution zu schaffen, um junge Arbeiter und Angestellte zu schulen.

Seiner Anregung folgend, haben sich deshalb maßgebende Persönlichkeiten zu einem "Verein für Arbeiterbildung" zusammenschlossen, und in Peterswaldau u. Gült eine wirtschaftliche Fachschule für Arbeiter und Angestellte gegründet. Das Schulgrundstück ist das ehemalige Erholungsheim der Gemeinde Peterswaldau. Sie wurde zum Zwecke der Schule umgebaut.

In der Zeit vom 10. März bis 17. April fand bereits der erste Vorbereitungskursus statt. An diesem Kursus haben 18 Schüler teilgenommen. Die meisten Schüler waren Breslauer. Zunächst lief ein zweiter Vorbereitungskursus. Nach Beendigung dieses Kursus werden dann die besten Schüler der beiden Vorbereitungskurse für den im September stattfindenden ersten Jahreskursus ausgewählt.

In seiner Begrüßungsansprache bei der Eröffnung des ersten Vorbereitungskurses vom 10. März streifte Genosse Widemann die Aufgaben der Wirtschaftsschule Peterswaldau. Er sprach die Hoffnung aus, daß die in die Schule gelehten Erwartungen in Erfüllung gehen möchten. Zu seiner Freude konnte ihm bei der Abschlussprüfung gezeigt werden, daß die Erwartungen erfüllt wurden und jeder Schüler bestrebt war, fleißig und gründlich zu lernen.

Folgende Unterrichtsthemen waren für den Vorbereitungskursus vorgesehen:

1. Staatsbürgerkunde und Politik, 2. Einführung in das Wirtschaftsleben, 3. moderne Wirtschaftsgeschichte, 4. politische und soziale Geschichte der deutschen Republik, 5. Wahlen und Wahlrechte der Arbeiterbewegung, 6. Arbeiter und Angestellte, 7. Probleme der Arbeiterbewegung im Osten.

Die Unterrichtsstunden wurden alle von demselben Dozenten durchgeführt. Wichtigste Punkte, die die Schüler lernen mußten, waren: die Aufgaben der Arbeiterbewegung, die Aufgaben der Wirtschaftsschule, die Aufgaben der Arbeiterbewegung im Osten.

Die Vorbereitungskurse wurden in drei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe bestand aus 10 Schülern, die zweite Gruppe aus 8 Schülern, die dritte Gruppe aus 7 Schülern. Die Vorbereitungskurse wurden in drei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe bestand aus 10 Schülern, die zweite Gruppe aus 8 Schülern, die dritte Gruppe aus 7 Schülern.

Die Vorbereitungskurse wurden in drei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe bestand aus 10 Schülern, die zweite Gruppe aus 8 Schülern, die dritte Gruppe aus 7 Schülern. Die Vorbereitungskurse wurden in drei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe bestand aus 10 Schülern, die zweite Gruppe aus 8 Schülern, die dritte Gruppe aus 7 Schülern.

Die Vorbereitungskurse wurden in drei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe bestand aus 10 Schülern, die zweite Gruppe aus 8 Schülern, die dritte Gruppe aus 7 Schülern. Die Vorbereitungskurse wurden in drei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe bestand aus 10 Schülern, die zweite Gruppe aus 8 Schülern, die dritte Gruppe aus 7 Schülern.

Die Vorbereitungskurse wurden in drei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe bestand aus 10 Schülern, die zweite Gruppe aus 8 Schülern, die dritte Gruppe aus 7 Schülern. Die Vorbereitungskurse wurden in drei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe bestand aus 10 Schülern, die zweite Gruppe aus 8 Schülern, die dritte Gruppe aus 7 Schülern.

Die Vorbereitungskurse wurden in drei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe bestand aus 10 Schülern, die zweite Gruppe aus 8 Schülern, die dritte Gruppe aus 7 Schülern. Die Vorbereitungskurse wurden in drei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe bestand aus 10 Schülern, die zweite Gruppe aus 8 Schülern, die dritte Gruppe aus 7 Schülern.

Die Vorbereitungskurse wurden in drei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe bestand aus 10 Schülern, die zweite Gruppe aus 8 Schülern, die dritte Gruppe aus 7 Schülern. Die Vorbereitungskurse wurden in drei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe bestand aus 10 Schülern, die zweite Gruppe aus 8 Schülern, die dritte Gruppe aus 7 Schülern.

Die Vorbereitungskurse wurden in drei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe bestand aus 10 Schülern, die zweite Gruppe aus 8 Schülern, die dritte Gruppe aus 7 Schülern. Die Vorbereitungskurse wurden in drei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe bestand aus 10 Schülern, die zweite Gruppe aus 8 Schülern, die dritte Gruppe aus 7 Schülern.

Die Vorbereitungskurse wurden in drei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe bestand aus 10 Schülern, die zweite Gruppe aus 8 Schülern, die dritte Gruppe aus 7 Schülern. Die Vorbereitungskurse wurden in drei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe bestand aus 10 Schülern, die zweite Gruppe aus 8 Schülern, die dritte Gruppe aus 7 Schülern.

Die Vorbereitungskurse wurden in drei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe bestand aus 10 Schülern, die zweite Gruppe aus 8 Schülern, die dritte Gruppe aus 7 Schülern. Die Vorbereitungskurse wurden in drei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe bestand aus 10 Schülern, die zweite Gruppe aus 8 Schülern, die dritte Gruppe aus 7 Schülern.

Die Vorbereitungskurse wurden in drei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe bestand aus 10 Schülern, die zweite Gruppe aus 8 Schülern, die dritte Gruppe aus 7 Schülern. Die Vorbereitungskurse wurden in drei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe bestand aus 10 Schülern, die zweite Gruppe aus 8 Schülern, die dritte Gruppe aus 7 Schülern.

Die Vorbereitungskurse wurden in drei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe bestand aus 10 Schülern, die zweite Gruppe aus 8 Schülern, die dritte Gruppe aus 7 Schülern. Die Vorbereitungskurse wurden in drei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe bestand aus 10 Schülern, die zweite Gruppe aus 8 Schülern, die dritte Gruppe aus 7 Schülern.

Die Vorbereitungskurse wurden in drei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe bestand aus 10 Schülern, die zweite Gruppe aus 8 Schülern, die dritte Gruppe aus 7 Schülern. Die Vorbereitungskurse wurden in drei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe bestand aus 10 Schülern, die zweite Gruppe aus 8 Schülern, die dritte Gruppe aus 7 Schülern.

Die Vorbereitungskurse wurden in drei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe bestand aus 10 Schülern, die zweite Gruppe aus 8 Schülern, die dritte Gruppe aus 7 Schülern. Die Vorbereitungskurse wurden in drei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe bestand aus 10 Schülern, die zweite Gruppe aus 8 Schülern, die dritte Gruppe aus 7 Schülern.

Die Vorbereitungskurse wurden in drei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe bestand aus 10 Schülern, die zweite Gruppe aus 8 Schülern, die dritte Gruppe aus 7 Schülern. Die Vorbereitungskurse wurden in drei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe bestand aus 10 Schülern, die zweite Gruppe aus 8 Schülern, die dritte Gruppe aus 7 Schülern.

Die Vorbereitungskurse wurden in drei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe bestand aus 10 Schülern, die zweite Gruppe aus 8 Schülern, die dritte Gruppe aus 7 Schülern. Die Vorbereitungskurse wurden in drei Gruppen unterteilt. Die erste Gruppe bestand aus 10 Schülern, die zweite Gruppe aus 8 Schülern, die dritte Gruppe aus 7 Schülern.

handlung. Die Gliederung des deutschen Rechts mit den drei Hauptgruppen privates, öffentliches und soziales Recht, wurde besprochen und die einzelnen Gesetze durch Beispiele besser verständlich gemacht. In einem weiteren Thema behandelten wir die politische und soziale Geschichte der deutschen Republik.

In der letzten Woche kamen wir noch zu einem besonders wertvollen Thema. Die Ausführungen über das internationale Wirtschaftsleben der Völker zeigten die enge Verbindung der Innenpolitik mit der Außenpolitik in einem Lande. Viele, besonders innenpolitische Angelegenheiten, konnten wir dadurch besser und richtiger beurteilen. Will man zum Beispiel die deutsche Innenpolitik kritisch behandeln, so darf man das meiste Erachtens ohne Berücksichtigung der internationalen Verhältnisse überhaupt nicht tun. Gleichzeitig behandelten wir die verschiedenen Staatsformen, deren Auswirkung und die Machtstellung der einzelnen Staaten in der Weltwirtschaft.

Zusammenfassend sei gesagt, daß die sechswöchentliche Schulzeit eine Einführung in das große Gebiet des modernen Wirtschafts- und Staatslebens war. Darüber hinaus lernten wir noch vieles, das uns Arbeitern in einem demokratischen Staat, an dessen Aufbau wir helfen wollen, unbedingt notwendig ist. Mit der Gründung der Arbeiter-Wirtschaftsschule ist für die schließliche Arbeiterwelt eine neue Kraftstelle geschaffen worden. In Ruhe und Abgeschlossenheit kann dort gründliche und ernste Arbeit geleistet werden. Verantwortungsgefühl und der Wille zur Tat werden dort gefördert und gestärkt. Das sind Eigenschaften, die in einem demokratischen Staat Allgemeinut sein sollten.

Allen denen, die dieses Wort geschrieben haben und es heute noch fördern und daran tätig sind, rufen wir zu: In der Zukunft liegt unser Dank!

Eine Geschichte Rußlands

Der historische Materialismus erklärt die Geschichte als eine Folge von wirtschaftlichen Veränderungen. Die materiellen Bedürfnisse des Menschen, die ihn zur Arbeit zwingen, um sich vor Hunger und Kälte zu schützen, sind der Motor der geschichtlichen Entwicklung. Nicht die Ideen wählen die Tätigkeit der Menschen aus, sondern die menschliche Tätigkeit, die Art zu produzieren und das daraus sich ergebende Gesellschaftssystem bringen die Ideen hervor. Diese Erkenntnis wird von allen denen bekämpft, die an der ihnen genehmen Produktionsweise und dem daraus folgenden Gesellschaftssystem festhalten wollen, weil sie davon profitieren. Sie verleiden ihre Gewinnabsichten hinter einer spanischen Wand, bestreut mit heroldischen Figuren, die sie wollen die Geschichte erklären als das Resultat großer persönlicher Leistungen, als gemacht von genialen tapferen und irgendwie begnadeten Menschen. Diese Menschen gehören natürlich ihrer Klasse an und so benutzen sie ihre Geschichtserklärung dazu, die Herrschaft ihrer Klasse zu festigen. Der Kampf gegen den Marxismus gegen die marxistische Geschichtserklärung entspringt dem Bedürfnis der herrschenden Klasse, die von ihr unterdrückten Klassen von der Erkenntnis der den geschichtlichen Vorgängen innewohnenden Gesetze fernzuhalten.

Die verlogene Deutung der Geschichte hindert die unterdrückten Klassen daran, die Ursachen ihrer Unterdrückung zu begreifen. Wenn sie die Gesetze aller Veränderungen der Gesellschaftsordnung begreifen würden, könnten sie den gegenwärtigen Zustand der Gesellschaft verstehen, seine Ursache und damit die Möglichkeit, ihn zu verändern. Der Marxismus gibt ihnen diese Erkenntnis, diesen Schlüssel zur Vergangenheit. Und wer die Folgerichtigkeit der vergangenen geschichtlichen Veränderungen erkannt hat, kann die Gegenwart klären und die Zukunft wenigstens in ihrer großen Entwicklungslinie voraussagen und mitbestimmen. Was heute "Marxismus" genannt wird, hat mit den unterdrückten Klassen nichts zu tun. Der Marxismus ist eine Erkenntnis-methode, eine Logik, deren Richtigkeit weniger von Geschichtspraktikern als von den geschichtlichen Vorgängen bewiesen wird.

Es gibt auch Geschichtspraktiker, die sich der marxistischen Erkenntnis-methode bedienen. Sie sind selten. Das liegt daran, daß die ökonomischen Grundlagen für eine marxistische Praxis selten sind. Es ist also kein Zufall, daß es noch keine marxistische "Geschichte Deutschlands" gibt, sondern nur: Bruchstücke einer solchen Geschichte. Zum erstenmal wurde die materialistische Geschichtsauffassung bei einem umfassenden Geschichtswert über ein Land von Professor M. Pokrowski (Moskau) angewandt, dessen "Rüßische Geschichte" jetzt als 4.00-Mark-Buch im Verlag der Büchergilde Gutenberg (Berlin) erschienen ist.

Pokrowski beginnt mit einer Erklärung allgemeiner politischer Begriffe, gibt eine wunderbare einfache Einführung in den historischen Materialismus, greift dann bis in die Anfänge menschlicher Geschichte zurück, zeigt die Entstehung des Privateigentums, die ersten Klassenkämpfe und Klassenkämpfe, den handelskapitalistischen Charakter der Kreuzzüge, die Entstehung des Moskower Reiches, die Entwicklung von feudalen Chaos zur feudalen Monarchie, und wir finden, daß die großen Hauptzüge der russischen Geschichte sich mit denen der Geschichte westeuropäischer Länder decken. Pokrowski stellt denn auch oft Vergleiche mit Abschnitten der deutschen Geschichte an. Der Zerfall des Moskauer Feudalismus erinnert an die Zustände zur Zeit des deutschen Bauernkrieges; die Periode der Bauernaufstände ist ba. Ein Romanow wird Jar und Handelskapitalist, der erste Kaufmann seines Staates, der Söldner bezahlend und mit ihrer Hilfe seine Herrschaft befestigt und dem Handelskapital neue Märkte erobern kann. Der Kampf um die Dniep beginnt, das Handelskapital triumphiert, geht auf Leibeigenschaft, Beamtentum und stehendes Heer. Aber der Konzentration der Ware folgte die Konzentration der Produktionsmittel. Der Industrieskapitalismus brauchte "freie" Arbeiter, verlangte die Bauernbefreiung, diesen größten Betrag der russischen Geschichte und verurteilte revolutionäre Bewegungen. Die Bourgeoisie nützte die Empörung der Ausgebühten aus, schaute aber dann vor einer Volksrevolution zurück; die kleinbürgerliche Intelligenz revolutionierte und schließlich taucht die Arbeiterbewegung auf. Das 20. Jahrhundert bringt die großen Entscheidungen: Rußland verliert den japanischen Krieg, beteiligt sich an der Entleerung Deutschlands, provoziert die Ermordung des österreichischen Thronfolgers, das französische Kapital in Rußland ermutigt zum Krieg. Der Zusammenbruch läßt den alten Kampf zwischen Industriekapital und Handelskapital wieder aufleben, aber da führt das Proletariat handwischen. Die Bolschewisten, denen die Revolution ebenfalls gänzlich unerwartet kam und die am Anfang nur an die Möglichkeit einer Koalition glaubten — selbst Lenin erwartete nichts anderes als einen Aufstoß, den die sozialistische Revolution durch diese "kleinbürgerliche" erhalten werde — bezifferten bald die Situation und organisierten die Übernahme der Produktion durch die Arbeiter.

Sie drückt das Buch ab. Es beteiligt sich also nicht an der Debatte über die Ereignisse der letzten zehn Jahre. Pokrowski's Objektivität drückt sich auch durch diesen Abschluß aus. Sie ist geradezu vorbildlich. Sie hat nichts schön zu färben, nichts zu verschleiern. Getreu seiner Methode macht Pokrowski auch aus Lenin seinen Hebermenschen. Die Rollen in seinem Buch werden nicht von Helden und Rebellen, nicht von Generälen und Revolutionären, sondern sie werden von ökonomischen und sozialen Kräften gespielt. Und dieses "Spiel" ist deshalb nicht weniger spannend! Da liegt noch einer, der der historische Materialismus eine langweilige Angelegenheit sei!

Die russische Revolution ist das größte Ereignis der letzten dreißig Jahre. Sowjetrußland steht im Brennpunkt des Weltinteresses. Ob für oder gegen, die Arbeiter aller Länder müssen sich mit den russischen Zuständen befassen. Sie sollten es nicht tun, ohne die Geschichte Rußlands zu kennen. In diesem Sinne ist die Besprechung der Büchergilde lebhaft zu begrüßen, noch mehr aber als erstes großes marxistisches Geschichtswerk über ein Land. Es ist nur zu wünschen, daß die im Vorwort des Buches ausgesprochene Anregung verwirklicht werde: Die Geschichte Deutschlands möchte bald so geschrieben werden, die wissenschaftlich und doch so leicht verständlich, so klar und fesselnd und so durchdringt von der in Fleisch und Blut übergegangenem marxistischen Erkenntnis.

Meine Eindrücke von der Schule und was habe ich dort gelernt

Von G. Sacha, Oels

Peterswaldau liegt in einem Taleingang am Auslauf des Culenagebirtes. Eine fortwährend ansteigende Straße führt von dort über Steinfersdorf und Raschbach nach der Hohen Eule. Am Osthang des Culenagebirtes, an der Grenze zwischen Peterswaldau und Steinfersdorf, liegt die Arbeiter-Wirtschaftsschule. Am gegenüberliegenden Gebirgsabhang der Schule befindet sich das burgartig gebaute Sanatorium "Ulrichshöhe". Das Schulheim hat eine wunderbare Lage und ist von einem großen Garten umgeben. Eigentümlich ist es ein Park, der viele Naturschönheiten vereinigt. Vom kleinen, schnellen Bach, der hindurchfließt, bis zur schönen Wiese, die uns ansehnlicher Tummelplatz war, sind auch Abhänge für den Winterport vorhanden. Schon das Neuland der Schule und ihre Umgebung haben eine anziehende Wirkung. Nicht minder das Innere. Raum — Licht — Luft — zeigen die Sachlichkeit und die ernsten Aufgaben der Schule an. Dabei empfindet man aber überall etwas Freundliches, Einladendes. Gleich fühlen wir uns wie in einer neuen Heimat, die uns vertraut und lieb erscheint und es auch war. Sehr schnell lebten wir uns in die neuen Verhältnisse ein. Der Aufenthalt in hellen, luftigen Schlaf- und Gemeinschaftsräumen schaffte Lebensfreude und erhöhte Arbeitslust.

Eine Bierkellerei Gymnastik auf der Veranda, von dort unter die Dusche, danach zum Frühstücksstisch, waren die ersten Arbeiten des Tages. Nach dem Frühstück mußten Bett und Zimmer geordnet werden. Darin hatten wir in der zweiten Woche schon einige Übung, ja — die Gäste, besonders Frauen, behaupteten, wir würden tüchtige Hausfrauen abgeben. Darüber ließe sich natürlich streiten.

Am 8. Uhr begann der Unterricht und wurde mit einem lustigen Liede eingeleitet. Auch im Unterrichtsraum ist, wie in allen anderen Räumen, kein Wandschmuck vorhanden. Nur der Karbon an Wand und Decke, in heller oder gedämpfter Tönung, kennzeichnet den Zweck des Raumes.

Vor dem Mittagessen war allgemeine Arbeitsstunde. Jeder arbeitete mit äußerster Kraft im Haus oder im Garten, denn dort war noch viel zu tun. Das Essen schmeckte danach besonders gut und Restbestände waren nicht zu verzeichnen. Vom Essen spreche ich nicht gern; dabei entstehen zu schmachhafte Erinnerungen, die aber nichts nützen. In mehreren Tagen in der Woche hatten wir auch Nachmittagsunterricht. Ein Nachmittag war festgelegt für Turnen oder Wandern. Jeder Schüler hatte da Gelegenheit, sein seelisches und körperliches Gleichgewicht herzustellen. Diese Gleichgewichtsherstellung wurde mit ausgeglichener Heiterkeit getan; denn neunzehn junge Mädchen sorgten bei gemeinsamem Spiel für genügende Anstrengung der Bauchmuskulatur. Wer etwa Sportknöpfe benötigte, fand diese dann bestimmt auf unjerem Tummelplatz.

An einem anderen Nachmittag beschäftigten wir die Spinnereibetriebe. Zuerst die veralteten Handwebstühle, danach die modernen Großwebstühle. Dadurch wurden wir mit der Hauptindustriegruppe der näheren Umgebung vertraut. Vorträge, Gemeinschaftsabende, der Aufenthalt in der Bibliothek und die Erledigung der ersten Aufgaben füllten die übrigen Nachmittagsstunden aus. Auch erschienen täglich dreißig verschiedene Zeitungen und wöchentlich gleich viel verschiedene Zeitschriften.

An den Gemeinschaftsabenden bildeten wir eine große Familie, in deren Gemeinschaft die gesamten Hausbewohner jeden Scherz mitmachten. Auch die zwei Lehrer fanden dabei nicht zurück. Unser Lehrer waren nicht etwa alle, ehrenwürdige Doktoren mit einem mächtigen Bart und einem zu jeder Zeit würdevollen Benehmen, nein, sie waren uns Berater, die mit uns Jüngeren lühten und handelten.

Minister- und Katzspalten wurden auch im Schulheim verlesen. Da war das Augenministerium für die vorbereitenden Arbeiten für Exzursionen zu vergeben. Weiter waren zu besetzen die Aemter des Postministers, des Garteninspektors, des Bademeisters, des Hausmeisters und des Kücheninspektors, der die Beschwerden in Angelegenheiten des leiblichen Wohlens zu regeln hatte. Außerdem wurde ein Schülerrat, bestehend aus drei Mitgliedern, gewählt. Dieser hatte die Verbindung zwischen Schülerschaft und Schulleitung herzustellen und etwaige Ausschreitungen im Gemeinschaftsleben zu verhindern. Einzelnerweise ist unser Gemeinschaftsleben in bester Harmonie verlaufen. Ein großer Teil der Schüler pflegt heute noch schriftlichen Verkehr miteinander. Der Geist der Schule wirkt weiter. Aber nicht nur der Gemeinschaftsgeist, sondern auch das Gelernte, wird angewendet und verwertet und das ist ja der Zweck der Schule.

Schon der Name "Arbeiter-Wirtschaftsschule" gibt den Charakter der Schule und deren Unterrichtsstoff an. Unsere erste Aufgabe bestand in der eingehenden Betrachtung unserer weiterzweigenden schließlichen Wirtschaft. Vom Kreisle Reichenbach, mit seiner Textilindustrie angefangen, besprachen wir ganz Schlesien, um am Schluß auf das Reich überzugehen. Mit einer Vortragsreihe, in der jeder Schüler ein Referat über eine der wichtigsten Wirtschaftsgruppen Schlesiens zu halten hatte, konnten wir uns über die Ursachen der Wirtschaftskrise und deren Behebung eine klare Uebersicht verschaffen. Die Referate wurden an Hand amtlicher Statistiken selbständig ausgearbeitet. Dabei lernten wir zwangsläufig selbst Statistiken und graphische Darstellungen anfertigen. Ein Referat mit Anschauungsmaterial war leichter auszuführen und dabei wertvoller. Zum Schluß des ersten Vorbereitungskurses hatten wir daher eine große Anzahl Tabellen und Darstellungen. Diese gaben zum Teil unseren Gästen und Gastreferenten wertvolle Aufschlüsse in irgend einer Frage über die schließliche Wirtschaft. Weiter bedingte ein Vortragsgewandtheit in Aussprache und Sprechweise. Dafür hatten wir besonders Unterricht in Stil- und Redebildungen. Diese Stunde erwarteten wir mit besonderer Freude. Der vortragende Schüler wurde in seiner Haltung, in der Aussprache und im Inhalt seiner Ausführungen kritisiert und mußte auch sachliche Folgerückschlüsse herleiten. Jeder entdeckte natürlich etwas, aber auch jeder kam selbst an die Reihe. In der nächsten Stunde lernten wir, wie ein Bericht oder Artikel geschrieben wird. Wichtig ist, bekamen wir vom Leiter der Unterrichtsstunde den Titel "Geldverkehr", das heißt in einer halben Stunde mußte der Artikel über den Geldverkehr fertig sein. Vorzeitig erschienen der Redaktionsbureau und holte für den wartenden Drucker das Manuskript ab.

Was heißt Volkst? Was versteht man unter Volkst? Was ist ein Staat? Wo ist der Ursprung des Staatslebens zu finden? Welches sind einige Beispiele der wichtigsten Fragen in Staatsbürgerkunde und Politik? Dazu kam die eingehende Besprechung der deutschen Verfassungen mit Gegenüberstellungen zu Verfassungen anderer Staaten.

In der modernen Wirtschaftsgeschichte lernten wir den Aufstieg der Arbeiterbewegung und die Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern kennen. In einer anderen Stunde besprachen wir die Entwicklung der Arbeiterbewegung, die Bewegung der Arbeiterbewegung, die Arbeiterbewegung und die Arbeiterbewegung.

Die Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern kennen. In einer anderen Stunde besprachen wir die Entwicklung der Arbeiterbewegung, die Bewegung der Arbeiterbewegung, die Arbeiterbewegung und die Arbeiterbewegung.

Die Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern kennen. In einer anderen Stunde besprachen wir die Entwicklung der Arbeiterbewegung, die Bewegung der Arbeiterbewegung, die Arbeiterbewegung und die Arbeiterbewegung.

Die Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern kennen. In einer anderen Stunde besprachen wir die Entwicklung der Arbeiterbewegung, die Bewegung der Arbeiterbewegung, die Arbeiterbewegung und die Arbeiterbewegung.